



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

40 (29.7.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253166](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253166)

SOZIALFREIHEITSPARTEI



Herausgeber: Carl Lenz, M. d. R.

Die N.S. Zeitung Nordbadens

Offizielles Partei-Orgen. Der Leitungs-Rat erscheint 2 mal wöchentlich und führt monatlich eine Sonderausgabe für die Mitglieder und Ortsgruppen an. Preis: 20 Pf. pro Stück. Postfach 10. Mannheim. Postleitzahl: 6119 Ludwigshafen.

Zwei Wochen der Lieferung infolge höherer Gewalt, postgebührenfrei. Bei Nichtlieferung, durch Abwesenheit des Abonnenten, auf Verlangen über Nachlieferung. Telefon 317 15.

Im Zeichen des „siegenden“ Fünfjahresplanes:

Heiligensprechung des Kapitalismus in der Sowjetunion!

„Es gehen Dinge vor im Land, die selbst dem Kolbe ungewohnt...“
Christian Morgenstern.

Da haunt der deutsche Arbeiter! Wieder einmal soll er heute das verbrennen, was er gestern angebetet hat, und was ihm eben noch als schönste Reaktion gemalt wurde, soll jetzt plötzlich ein erstrebenswertes Ideal „proletarischer“ Zukunftsmusik sein!

14 Jahre herrscht nun in Rußland der Bolschewismus und hat in dieser Zeit Millionen Menschen als fürchterliche Hekatomben dem kommunistischen Idol zum Opfer gebracht. Durch ein Meer von Blut sind die roten Machthaber gewatet um des „höheren Zieles“ willen. Gläubig lauschte der verführte deutsche Arbeiter ihren heuchlerischen Lehren von der „Diktatur des Proletariats“ und hielt Sowjetrußland für das „Arbeiterparadies“.

Der sogenannte „Fünfjahresplan“ sollte mit einem Schuge durch gewaltige Industrialisierung die rote Wirtschaft sanieren und der staunenden Welt zeigen, was „proletarische Diktatur“ schaffen kann. — Wie diese „proletarische Diktatur“ sich entwickelt, hat Stalin in großangelegter programmatischer Rede an sein Volk dargelegt.

Er fasste seine Forderungen in folgenden 10 Punkten zusammen, die allen kommunistischen Grundrissen, die dem deutschen Arbeiter bisher gelehrt wurden, glatt ins Gesicht schlagen. Sie bedeuten das Eingeständnis des vollständigen Bankrotts bolschewistischer Arbeitsmethoden, die Abkehr von der „Kollektiv“ und sind die direkte Umkehr zu antikommunistisch-antiproletarisch, hochkapitalistischen Wirtschaftsmethoden.

Höre Prolet, wie du auf Kommando deines roten Jaren umlernen mußt!

1. Höhere Löhne für gelernte als für ungelernete Arbeiter.
2. Einen verantwortlichen Leiter für Trusts anstatt Leitung durch Kommissionen.
3. Besondere Bestimmungen zur Leitung sich selbst erhaltender Industrien.
4. Abschaffung der sogenannten permanenten Arbeitswoche und im Notfall die Schließung der Betriebe am sechsten Tage.
5. Bessere Behandlung für die Ingenieure und die Arbeiter des alten Regimes anstatt Behandlung wie die eines Verbrechens, der allerdings auf freiem Fuße ist.
6. Beförderung und Weiterbildung der Angestellten und Ingenieure nach Befähigung und nicht auf Grund des kommunistischen Parteibuches.

Wie der wahnsinnige Stalin lebt

Durch die Abkehr des roten Jaren Stalin vom Kommunismus, bzw. vom Antikapitalismus, eine Tatsache, die in den Reihen der deutschen Kommunisten bei so vieler Verwirrung ausgelöst und bereits zu vielen Übertritten zur NSDAP geführt hat, ist die Person dieses kommunistischen „Heiligen“ wieder in den Vordergrund gerückt. Gerade deswegen ist es eine Plage, auf ein soeben erschienenenes Buch des Kaukasiers und Landsmanns Stalins, Essad Bey „Stalin“ hinzuweisen, das im Alpenhauer-Verlag, Berlin, erschienen ist.

Zum erstenmal erfährt die Öffentlichkeit hiermit näheres über Stalin, Essad Bey, gebürtiger Kaukasier und Landsmann von Stalin, erzählt uns das abenteuerliche Leben Stalins, von seiner Jugend als Sohn eines Schuhmachers bis zu seiner jetzigen Stellung als Herrscher über Rußland. Er schildert die ungeheure Energie und Brutalität dieses Mannes, der vor nichts zurückweicht, um seine Pläne in die Tat umzusetzen. Die nachfolgenden Schilderungen sind oben genannten Buche entnommen.

In der Nähe von Moskau, im Dorfe Gorki, im Hause, in dem Lenin seine letzten Tage verbrachte, lebt heute Stalin, der mächtige Diktator. Er lebt abgeschlossen und einsam. Seitdem tritt jemand die Schwelle seines Dorfhäuschens, es sei denn, daß er eigens vom Diktator zum Felchen besonderer Gunst auf ein Glas Wein eingeladen wurde. Das Haus in Gorki wird von allen Seiten von fünfzehn ausgesuchten, hundertfach erprobten Agenten der O. P. U. bewacht, wie ja auch im ganzen Dorfe, in dem heute kein einziger Bauer lebt und auf der breiten Chaussee, die nach Moskau, in allen Häusern, im Gebüsch und auf dem

7. Ein Arbeitsertragsystem, auf Grund dessen man Arbeiter von korporativen Landgütern zur Arbeit in den Fabriken zwingen kann.

8. Heraushebung des sogenannten Arbeitswages, das heißt, der Arbeit, die der Arbeiter in einem gewissen Zeitraum leisten muß.

9. Verantwortlichmachung der Arbeiter für Schäden an Maschinen und Werkzeugen.

10. Mögliche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse des Proletariats.

Mit einem Wort „Die große Diebstahl“ Der Vorhang über den grandiosen Betrug der Weltgeschichte beginnt sich zu lüften. Schon beginnt die Weltfinanz neue Finanzierungs-möglichkeiten zu wittern, denn Sowjetrußland ist ja nun „kreditwürdig“ geworden. Den Kommunismus fürchtet kein Börsianer mehr, der Hochfinanz ist es völlig piepe, unter welcher Couleure sie ihre Geschäfte macht. Wie schreibt doch der „Berliner Börsen-Courier“? —

„Die kommunistisch-proletarische Parteidoktrin ist nur die Fassade, hinter der die neuen Wirtschaftsmethoden durchgeführt werden sollen.“

Die sog. „Arbeiterzeitung“ ist nicht zu beneiden um ihre Aufgabe, dem deutschen Proletariat den Bissen schmackhaft zu machen. In grotesken Eiertänzen versucht man, die Sache irgendwie zu drehen. Doch da hilft keine Rhetorik mehr, der Biss ist zu offensichtlich, wenn man liest:

„Die Rede Stalins ist ein Ausdruck der historisch einzigartigen, himmelstürmenden Initiative der besetzten Arbeiterklasse. Sie atmet den Geist des gewaltigsten, umfassendsten sozialen Erziehungswerkes, das die Geschichte kennt. Den Verteidigern des kapitalistischen Systems freilich bleibt das Verständnis dieser Dinge verschlossen.“

Mit diesen und ähnlichen Redensarten sucht sich die sog. „Arbeiterzeitung“ herauszureden, hütet sich jedoch, einen Kommentar zu geben.

Die deutschen Arbeiter aber werden die Rede des Genossen Stalin zu würdigen wissen und erkennen den fürchterlichen schreienden Betrug, der an ihnen verübt wurde. In Scharen werden die wirklichen Idealführer einer Bewegung den Rücken kehren, die ihnen den Bruderkampf predigte und dem deutschen Volk blutigsten Mordterror brachte, um Erreichung eines Zieles willen, das ein Mann mit einem Federstrich leicht kalt lächelnd streicht!

Felbe verteilt, die berühmten Schutzgruppen der sog. „Arbeiterzeitung“, die Leibgarde Stalins, zu finden sind.

Jeden Morgen um 9 Uhr fährt am Hause Stalins ein geschlossener, gepanzerter, vor Sauberkeit blitzender Rolls-Royce vor. In Begleitung von drei O. P. U.-Agenten fährt Stalin durch die bewachten Straßen zum Kreml, hinter ihm zwei Wagen mit den Soldaten der sog. „Arbeiterzeitung“. Die er beherrschte Rolls-Royce-Wagen fährt natürlich zum Ziel zahlreicher Attentate werden, die auf Stalin geplant wurden und auch dauernd weiter geplant werden. Doch ist auch dagegen Vorkehrung getroffen. In der vornehmen englischen Fabrik, bei der Stalin den gepanzerten Wagen bestellte, wurden gleichzeitig noch fünf Karren des ersten Wagens bestellt. Droht eine Gefahr, so verlassen sechs gleiche und gleich bewachte Wagen in verschiedenen Abständen den großen Gutsbesitzershof in Gorki. Durch die Fenster eines jeden Wagens kann man ein finsternes, halbverdecktes orientalisches Gesicht sehen. Die Wagen fahren nach Moskau zum Kreml, dort passieren sie sechs verdeckte Tore. Am Abend verlassen dann sechs gleiche Wagen die sechs Eingänge zum Kreml.

Stalin weiß, er ist der letzte Bolschewik, flüht er, so fällt die letzte Chance der Revolution.

des Weltumsturzes, dem er aufrichtig und brennend sein Leben gewidmet hat. Um 9 Uhr steigt Stalin im großen Kremishof aus seinem Wagen, sein unendlicher Arbeitstag beginnt. Im Kreml ist er von Glaubensgenossen, von Parteifreunden umgeben, denn trotz seiner Brutalität, trotz seiner

sprichwörtlichen Grobheit, Intoleranz, Eiß und Inegalität hat Stalin in den engeren Partiekreisen immer noch genug Leute, die ihm, dem vollkommenen Bolschewiken, starr ergeben sind. Seine unerhörte Willenskraft, die Furcht, die er allen und jedem einflößt, und nicht zuletzt, wie Besedowsky sagt, das Bewußtsein, daß ohne ihn alles längst zusammengebrochen wäre, schart um ihn die immer kleiner werdende Zahl der Überzeugten, kritiklosen, hundertprozentigen Bolschewiken. Mit ihnen zusammen regiert Stalin in den Mauern des Kreml über ein Sechstel des Planeten.

Verdächtige Umgang mit Parteigenossen pflegt Stalin nicht, dazu kennt er sie zu gut. Ihm genügt das Bewußtsein, daß er sie alle fest in der Hand hat. Die Mittel, die er dabei anwendet, sind eigenartig. In einem Geldschrank in der Wohnung Stalins liegen peinlich geordnet zahlreiche Akten, die Stalin wie sein Augenlicht hütet. Diese Akten enthalten die genaueste Auskunft über jeden hervorragenden Parteimann und stammen sämtlich aus den Geheimarchiven der russischen zaristischen Polizei. Fast jedes Mitglied hat in der hoffnungslos vorrevolutionären Zeit irgendeinen Faug pas begangen, mit einem Politischen Brüderchaft getrunken. Parteigelder für private Zwecke mißbraucht, Lenin beschimpft und dergleichen mehr. Ueber das alles war die Polizei des zaristischen durch ihre Kodifiziert ziemlich gut unterrichtet. Jetzt liegen die Dossiers sorgsam verschlossen im Geheimtresor Stalins. Am Abend blättert er in veralteten Blättern und freut sich an den Sünden seiner Parteigenossen. Meistens dürfen diese Sünden im Schranke ruhen. Wird aber irgendein Genosse gefährlich, versucht er sich selbständig zu betätigen, so ruft ihn Stalin, zeigt auf die Akten und sagt besorgt: Siehst du, du hast im Jahre 1905 im Dorfe Soundso mit dem Politischen Brüderchaft getrunken. Hüte dich, es könnten dir daraus Unannehmlichkeiten entstehen.“ Meistens genügt diese kameradschaftliche Warnung und der Rebell wird sofort wieder gehorlich. Weicht diese Warnung aber nicht, so wird der Schuldige wenige Tage darauf öffentlich „entlarvt“, worauf ein Parteigericht, seine Verbannung, zuweilen auch seine Erschießung folgt.

Seine eigenen Polizeizettel sowie sämtliches andere Material über sich selbst hat Stalin sofort nach dem Oktobersturz vernichtet. . . .

Vielleicht lassen sich nunmehr die deutschen Kommunisten davon überzeugen, welcher Wahnsinn darin liegt, dem wahnsinnig gewordenen roten Jaren weiter Gefolgschaft zu leisten.

Die „Reparationen“ zehnfach überzahlt

Feststellungen einer holländischen Zeitung über die Tribut-Exzessionen an Deutschland

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen aufsehenerregenden ausführlichen Artikel über die deutschen Reparationszahlungen. Der Artikelsteller bemüht sich in objektiver Weise um eine Feststellung der Höhe der deutschen sogenannten Wiedergutmachungszahlungen. Es heißt hier:

„Schon die Abreise von Elaf-Lothringen, der Besetzung Polen und große Teile von Westpreußen, der gesamten deutschen Kolonien, der deutschen Eigentumsrechte und Beteiligungen im Auslande usw. bedeuten eine Kriegsschuldzahlung, die einzig in der Geschichte dasteht. Die Urheber des Versailler Diktats haben diese Kriegsschuldzahlung überhaupt nicht einmal angedeutet. Ihr Standpunkt war der der Gewalt. Wer rechtlich zu denken in der Lage ist, muß einsehen, daß die durch das Versailler Diktat von Deutschland abgetrennten Gebietsteile mit 80 Millionen Mark viel zu gering bewertet worden sind. Von den Reparationen von 23 Millionen Tonnen Kohlen, Abgaben von Schiffraum, 15 Millionen Kilogramm Farbstoff und Chemikalien, 135 000 Rindern und 50 000 Pferden, 50 000 Lokomotiven und anderem Eisenbahnmateriale, 130 000 landwirtschaftlichen Maschinen und umfangreichen Sachlieferungen, den 1.750 Milliarden, die auf Grund des Londoner Ultimatus bezahlt werden mußten, wurde kein Pfennig für den Wiederaufbau in Belgien und Frankreich verwandt. Den Segen dieser gewaltigen Leistungen verschlangen die Besatzungskosten.“

Kann man nicht verstehen, daß im deutschen Volk der letzte Rest des Vertrauens in die ehemaligen Gegner vernichtet wurde, wenn die Reparations-Kommission den Wert dieser ungeheuren Leistungen mit nur 5.1 Milliarden beziffert?

Die in Frankreich und Belgien angelegten Kriegsschäden sind objektiv auf 9 1/2 Milliarden zu veranschlagen. Steht man sich auf den Standpunkt, daß Deutschland verpflichtet ist, diese Schäden wiederherzustellen, und nehmen auf Grund der Schätzung zuverlässiger Sachverständiger den Wert der deutschen Reparationsleistungen bisher nur mit 30 Milliarden an, wobei zu berücksichtigen ist, daß diesen Zahlen die durchaus willkürlichen Anrechnungsziffern der Alliierten zugrunde liegen,

so kommen wir zu dem erschütternden Ergebnis, daß Deutschland bereits dreimal soviel bezahlt hat, als es bezahlen muß, wenn man es für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden in Frankreich und Belgien verantwortlich machen will.

Festzustellen ist jedenfalls, daß Deutschland das, was es nach den Wilson'schen Sätzen, die seiner Zeit in der ganzen Welt für bessere internationale Zusammenarbeit begründet wurden, für Wiedergutmachung leisten sollte, in vollem Umfange bezahlt hat. Sollte in einem Jahr, was wir alle schließlich erhoffen, die Wiederaufnahme des gesamten internationalen Schulden- und Reparationsystems in infinitum verschoben werden, d. h. praktisch überhaupt nicht mehr erfolgen, was im Interesse der ganzen Welt läge, so wäre damit nur ein Gebot der Gerechtigkeit erfüllt. Auf diese Weise würde der Fortsetzung des Krieges mitten im Frieden endlich ein Ende bereitet."

Die Feststellungen der holländischen Zeitung sind für uns allerdings keine Sensationen; wir haben an dieser Stelle wiederholt auf die ungeheuren Leistungen Deutschlands hingewiesen, die in keinem Verhältnis zu den ursprünglichen Friedensbedingungen Wilsons stehen. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß der wirtschaftliche Wert einer der abgetretenen Kolonien auf 80 Milliarden Mark beziffert wird, um zu erkennen, wieviel höher die deutsche Leistung ist, als hier angegeben. Deutschland hat nicht nur ein dreifaches, sondern ein zehnfaches von dem geleistet, was es nach den ursprünglichen Friedensbedingungen — auf die hin wir die Waffen streckten — zu leisten hätte. Es ist eigentlich traurig, daß erst eine ausländische Zeitung auf diese Dinge einmal wieder aufmerksam machen muß, ehe ihnen die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die ihnen zukommt, oder vielmehr zukommen sollte, denn ob in Berlin diese Dinge endlich einmal angepaßt werden, das müssen wir nach wie vor bezweifeln...

Die schwarz-roten Schildknappen verhindern Reichstags-Einberufung

In der Sitzung des Reichstags am Ende letzter Woche, die sich mit den Anträgen der Nationalsozialisten, Deutsch-nationalen und Kommunisten auf Einberufung des Reichstags zu beschäftigen hatte, war in Vertretung der Reichsregierung der Minister Treppner erschienen, um darzulegen, daß insbesondere aus außenpolitischen Gründen den Forderungen der Antragsteller nicht Rechnung getragen werden könne. Die Reichsregierung müsse den Reichstag daher ersuchen, die erwähnten Anträge abzulehnen. Für die Nationalsozialisten ergriff wiederum der Abgeordnete Stöhr das Wort. Er legte dar, daß die Notwendigkeit für den Wiederauftritt des Reichstags nach wie vor gegeben sei. Die Ergebnisse der abgelaufenen Woche hätten daran nicht das mindeste ändern können. Es stehe bereits fest, daß in Paris und London so gut wie nichts erreicht sei. Die Verlängerung des Rediskonkretes um drei Monate und die Deutschland scheinbar wohlwollende Geste mit dem Stillhaltekonkretum, von dem man noch nicht wisse, ob sie überhaupt irgend welche praktischen Folgen haben würde, wären bestenfalls mit dem bekannten Tropfen auf dem heißen Stein vergleichbar. Es sei gern zugegeben, daß Bränning der Gefahr, den Franzosen politische Zugeständnisse machen zu müssen, bis auf weiteres entgangen zu sein scheint. Inwiefern dabei die Erkenntnis bei allen Verhandlungspartnern mitgewirkt hat, daß derartige Konzessionen ohne die Zustimmung der Nationalen Opposition im Reich völlig nutzlos sein würden, möge dahingestellt bleiben. Sicher ist jedenfalls, daß ohne eine radikale Änderung des bisherigen Kurzes der Reichspolitik in einer ganz nahen Zukunft der französische Druck wieder fühlbar werden würde. Die keineswegs behobene Finanznot würde sich mehr und mehr zuspitzen und die vom sozialdemokratischen „Vormärts“ leidenschaftlich propagierte langfristige Kriessanleihe würde schließlich auch dem gegenwärtigen Kabinett als der letzte Ausweg erscheinen. Da eine solche Anleihe ohne Frankreichs Mitwirkung nicht zustande zu bringen wäre, würde die Gefahr, daß Deutschland um diesen Preis auf die letzten Reste der kaiserlichen Souveränität, die ihm verblieben ist, Verzicht leisten, aufs neue akut werden. Ob Dr. Brüning dem auf Unterwerfung Deutschlands unter den Willen Frankreichs abzielenden Druck der SPD. sehr lange Widerstand leisten könnte, sei eine Frage, die leider nicht ohne weiteres mit Ja zu beantworten ist. Das ergäbe sich schon daraus, daß der Kanzler als Exponent einer Partei

angesehen werden muß, die in Schuld und Fehle der Erfüllungspolitik unaufhaltsam verstrickt und mit dem Marxismus von allem Anfang an durch dick und dünn gegangen ist. Zur Verhütung weiteren Unheils und Anbahnung besserer Verhältnisse müsse also vor allen Dingen eine Neuorientierung auf dem Gebiete der inneren Politik erfolgen, die nur vom Reichstage aus angebahnt werden kann. Er muß endlich einer Regierung das Handwerk legen, die durch ihre Notverordnungspraktiken alles, was theoretisch vorstellbar war, weit überboten hat.

Die Nationalsozialisten würden in erster Linie die Aufhebung der Notverordnungen vom 28. März und 5. Juni d. J. beantragen und auch entschiedene Stellung nehmen gegen die Vernichtung der Pressefreiheit, die erfolgt ist. Es müsse zur Hoover-Aktion Stellung genommen werden, die nicht ohne Verschulden der Reichsregierung in Paris verhängt und verhängt worden sei, und zu der jüngsten militärischen Kundgebung Frankreichs, die geradezu einen Hohn darstellt auf die Abrüstungssillusionen, mit denen unser Volk noch immer hinter das Licht geführt wird.

Natürlich blieben alle diese Darlegungen auf die Bränning-Pagoden, die im Reichstagsrat saßen, ohne Eindruck. Bemerkenswert ist, daß der Führer der SPD, Herr Breitscheid, erklärte, seine Fraktion sei durch die Ausführungen Stöhrs in ihrem Entschluß bestärkt worden, einer Einberufung des Reichstags nicht zuzustimmen. Denn gerade das, was Stöhr mit dem Wiederauftritt des Reichstags im Auge hat, nämlich einen radikalen inneren Kurswechsel damit die Bahn zu ebnen, wolle die SPD. nicht. Da außer dem Vertreter der Landvolkfraktion niemand mit den Antragstellern für die Einberufung des Reichstags stimmte, ist also der Beweis erbracht, daß Deutsche Volks-Partei, Christlich-Soziale, Volkskonservative und wie sie alle heißen mögen, diese lächerlichen Gedülde des noch vorhandenen „nationalen“ Bürgerturns, dem in Arm mit Herrn Breitscheid gegen jeden innerpolitischen Kurswechsel sind.

Sie wollen nach wie vor die allergeringsten Schildknappen der von Mißerfolg gekrönten schwarz-roten Koalition bleiben.

Und Mannheim?

Bei Geldern am Niederrhein liegt Pont. Dort hat man etwas Außergewöhnliches gekonnt: Man konnte nämlich dort zum allseitigen Ergötzen der Bürgerschaft die Steuern heruntersetzen. Und weiter fällt für Pont ins Gewicht: Bier- und Bürgersteuer kennt man dort nicht. Den blaffen Reiz kann man auf die Pontier kriegen. Wie haben es diese Leute doch sein! Pont scheint nicht nur bei Geldern zu liegen, sondern auch gut bei Kasse zu sein.

Langhaus.

Ein neuer Erwerbszweig:

Diskrete Kapitalrückzieher

Mit der Notverordnung über die Bestrafung der wirtschaftlichen Landesverräter, der Kapitalrückzieher, ist nur eine alte nationalsozialistische Forderung erfüllt, die von den Pseudosozialisten im Reichstage immer wieder abgelehnt wurde. Allerdings sagt die Regierung die Kapital-Verbrecher mit Seidenhandschuhen an, während in einem nationalsozialistischen Deutschland sicher wirkende Mittel zur Rückführung der Auslandsgelder angewandt würden. Jedenfalls ist es den Kapitalrückziehern trotzdem bereits malmig geworden; sie versuchen auf allerlei Wegen ihr Geld unbemerkt wieder ins Inland zu bringen. So sind deutsche Marknoten in der Schweiz besonders gesucht. Es hat sich sogar ein neues „Gewerbe“ zur Unterstützung der Kapitalrückzieher gebildet. So befand sich kürzlich in einer süddeutschen „nationalen“ Zeitung ein Inserat des Inhaltes: „Kapitalrückzug und -Rückkehr. Diskrete Behandlung und Anmeldung bei den Behörden durch Steuerberater...“

Ein „deutscher“ Konsul!

Unter den amtlichen Vertretern Deutschlands im Ausland scheint eine besondere Zierde der „deutsche“ Konsul in Venedig namens Loewi zu sein. Von Beruf ist dieser Angehöriger des auserwählten Volkes Altertumshändler, während die Konsuln der übrigen Mächte in Venedig alle Berufskonsuln sind. Den Eigenschaften seiner Klasse entsprechend, läßt sich Herr Konsul Loewi sein Altertumsgeschäft weit mehr angelegen sein als seine konsularische Tätigkeit. Begegnend für seine Auffassung ist es, daß er seine Privatkonkurrenz im Auto mit der Dienstflotte des Konsulats herumführt, in dem er so seine Eigenschaft als Konsul gewissermaßen zur Reklame für sein Geschäft benützt. Durch sein Auftreten hat Herr Loewi ferner verstanden, sich sowohl bei der deutschen Kolonie, als auch bei den italienischen Behörden und bei seinen Kollegen, den fremden Konsuln, bestens beliebt zu machen, und Frau Loewi zog sich kürzlich von Seiten der Gattin des amerikanischen Konsuls wegen der taktilosen Art, in der sie deren Antrittsbesuch zu erwidern gedachte, eine Zurechtweisung zu, die sie geradezu als gesellschaftlich unmöglich erscheinen läßt. Die eigenartige Verbindung der Konsulats-Tätigkeit des Herrn Loewi mit seinem Altertumsgeschäft hat endlich dazu geführt, daß die kgl. Präfektur der Provinz Venedig am 31. Mai 1931 einen Erlaß herausgab, der nochmals die gesetzliche Regelung der Einfuhr und Ausfuhr von Kunstgegenständen in Erinnerung brachte. Dieser Erlaß wurde den Konsuln der auswärtigen Mächte in Venedig zugestellt, er konnte sich jedoch nur auf den „deutschen“ Konsul Loewi beziehen, der als einziger Konsul in Venedig Altertumshändler ist und seine Eigenschaft als Konsul geschäftlich benützt zur Umgehung der italienischen Erlasse. Es wäre an der Zeit, daß das auswärtige Amt sich für die etwas merkwürdige konsularische Tätigkeit des Herrn Loewi interessierte, die sehr oft mit den Interessen des von ihm vertretenen deutschen Reiches nicht in Einklang steht.

„Äpfelchen, wohin rollst Du?“

Bitte nicht erschrecken wegen der Ueberschrift! Wir drucken ganz bestimmt nicht den Roman nach, der unter dieser Epigramme einem pp. Publikum von der „Berliner Illustrierten“ vorgelegt wurde. Bei uns handelt es sich um das badische „Notverordnungsäpfelchen“, von dem wieder einmal kein Mensch wissen will, woher es kam und wohin es zu rollen gedenkt. Herr Wilhelm Mattes, der badische Finanzminister verlaublich bekanntlich vor kurzem, daß es dem „schwarzen“ Schoß des ehemaligen Finanzministers Schmitt entlaufen und in seine neu übernommene Domäne gerollt sei. Herr Wittemann, derzeitiger Staatspräsident, erklärte nun aber am letzten Sonntag, daß das nicht stimme, und daß ein Fraktionskollege Schmitt sich nicht mit dem Gedanken eines Notgesetzes getragen habe. Erst Herr Mattes habe das Notverordnungsäpfelchen ins Rollen gebracht.

Das fängt ja gut an in der aus „Staatsnotwendigkeiten“ erweiterten badischen Regierungskoalition. Jetzt will plötzlich wieder mal keiner gewesen sein. Das notverordnete badische Volk schaut mit einigem Interesse diesem neckischen Beziehungsstück zu und ist gespannt auf den Ausgang dieser nicht gerade Vertrauen erweckenden Desapoulierungs-Campagne.

Es sollte uns wundern, wenn das Zentrum als Meister der Verdrehungskunst nicht „recht“ behalten würde und Herr Mattes die verdiente Abfuhr einstecken müßte. Für uns b. ist absolut kein Zweifel darüber, daß die über ein Jahrzehnt vom Zentrum und den Sozgen gelebte Politik die Allein Schuld für das Notgesetz trifft. Wenn es in der Endwirkung auch gänzlich gleichgültig ist, wer der Macher war, so ist immerhin ergötlich zu sehen, daß die in sehnsüchtiger Liebe sich gefundenen Koalitionsgenossen bereits die Nitterwochen hinter sich haben.

Zinsknechtschaft

Neuevolle Kapitalflüchter erhalten Vorzugsbehandlung

Die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien sind eifrig bemüht, die Schuld an dem finanziellen Zusammenbruch Deutschlands auf die Wirtschaft abzuwälzen; ja, sie gehen in ihrer Hilflosigkeit sogar so weit, die Verantwortung hierfür den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben. — Fruchtloses Bemühen! Das Volk läßt sich nicht mehr länger täuschen und wird die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Da die Regierung auf die inzwischen eingetretenen Ereignisse anscheinend unvorbereitet war, erlährt sie nun überstürzt und daher mangelhaft verfaßte Notverordnungen, durch die weitere Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen wird.

Wie müssen uns noch einmal fragen: Was ist der Grund für unser heutiges Elend? Das läßt sich ganz kurz ausdrücken: Durch eine marxistisch beeinflusste, jeder wirtschaftlichen Erwägung höhnisprechende, an Größenwahn grenzende finanzielle Kriewirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind nicht nur der Staat und die übrigen öffentlichen Körperschaften, sondern das ganze deutsche Volk in die Zinsknechtschaft des Auslandes geraten. Der normale Weg, der aus diesem Skandalosafeln herausführt, kann also nur das Abschütteln dieser Zinsknechtschaft sein.

Was geschieht?

Wer sein verschobenes oder zurückgehaltenes Geld jetzt bei den Banken anlegt, erhält dafür nicht allein außerordentlich hohe Zinsen, sondern kann auch noch freiem Ermessen soviel abheben, wie ihm beliebt. Wer aber sein Kapital pflichtgemäß im Lande bezieht, darf heute nicht darüber verfügen. Der kleine Sparer, der durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder durch andere überraschend an ihn herangetretene Ausgaben seine Schulden oder seinen Lebensunterhalt bezahlen will, bekommt nichts oder nur ein paar Mark von der Bank und

den Sparkassen ausgezahlt. Zu gleicher Zeit wird der Reichsbankdiskont und der Lombardfuß derart erhöht, daß man die Zinserhebung nach den geltenden Moralauffassungen nur als Wucher bezeichnen kann. Wo kommen wir denn hin, wenn der kleine Geschäftsmann für Darlehen bei der Bank 16 bis 20 % Zinsen bezahlen soll? Das ist eine Zinsnechtschaft, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Und das alles nur, damit ein paar wasserlandslose Gesellen dazu veranlaßt werden, in Deutschland mit ihrem Kapital zu wuchern. Das gleiche gilt für die neuen Steuerbefreiungen. Die Steuerbefreiungen beruhen bis auf wenige Ausnahmen doch nicht auf bloßem Willen, sondern auf der Zahlungsunfähigkeit der Veranlagten. Nun sollen auf Steuerrückstände jetzt halbmoralisch 5 % Zinsen, d. h. im Jahre 120 % Zinsen erhoben werden! Wo bleibt da überhaupt noch die wirtschaftliche Moral!?

Der Wucher wird auf diese Weise in Deutschland gesetzlich eingeführt!

Unsere Regierungen haben seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 immer Wert darauf gelegt, das Vertrauen des uns auslaufenden Auslandes zu befehlen. Das Ausland, soweit es sich nicht von politischen, sondern von wirtschaftlichen Gedankengängen leiten läßt, hat nun der Regierung Bränning einen recht unangenehmen Besuch gegeben. Präsident Hoover hat erklärt, daß er nur Garantien der deutschen Wirtschaft, aber niemals Garantien der deutschen Regierung annehmen würde. Wenn vertraut man also mehr, dem deutschen Volke als der Regierung? — Das deutsche Volk wird daraus seine Folgerungen ziehen!

Das „Hakenkreuz-Banner“ ist Dein Anwalt!

Pg. Minister Dr. Franzen zurückgetreten

Wir sind keine Notverordnungsbüttel!

Pg. Minister Dr. Franzen ist von seinem Posten zurückgetreten. In einem Schreiben an den Präsidenten des braunschweigischen Landtages begründet er seinen Entschluß mit folgenden Worten:

Durch die fortgesetzte erweiterte und verschärfte Notverordnungs politik des Reiches haben die kleineren Länder die letzten Rechte ihres staatlichen Eigenlebens verloren und sind zu völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirken herabgesunken. Den Ministerien in diesen Ländern ist damit im Widerspruch zu der Verfassung jede Wirkungsmöglichkeit im Sinne einer Landesregierung genommen. Ich lehne es ab, als Vollziehungsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechtester Weise belastenden Verwaltungsdiktatur tätig zu sein und trete daher von dem mir am 1. Oktober 1930 übertragenen Ministeramt zurück. Bis zur Wahl des Nachfolgers werde ich nur die laufenden Geschäfte erledigen.

Die Rotationsmagagnen von Königsberg bis Konstanz werden nun in die Polkassen stoßen und das alte, ach so abgegriffene Lied vom Ende der Naziherrschaft in die Welt schmettern, ohne dabei zu wissen, daß sie damit ihrer selbst

spotten. Man wird den Rücktritt unseres Pg. Dr. Franzen mit dem Prozeß Guth in Zusammenhang bringen und Lüge auf Lüge häufen, obwohl Pg. Franzen in diesem Prozeß freigesprochen wurde und ihm von Seiten des Gerichts amtlich beurkundet wurde, daß er eine Persönlichkeit von lauterstem Charakter ist. Minister Franzen hat den einzig richtigen Weg beschritten, denn er hat klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht zum Notverordnungsbüttel der Reichsregierung herabwürdigend läßt. Er hat unmißverständlich dargelegt, daß er es ablehnt, als Vollziehungsbeamter der Bränningdiktatur tätig zu sein, die in einseitiger und sozial ungerechtester Weise die schaffenden Stände in Deutschland belästigt.

Wir Nationalsozialisten lassen uns in unserer Verantwortung für Volk und Staat keine Fesseln anlegen. Versucht man es, dann sprengen wir sie. Wir sind nicht dazu da, als Schergen einer falschen Diktatur das schaffende Deutschland zu knuten, sondern es durch freie und selbstverantwortliche Maßnahmen hinführen zur nationalen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Das ist unser Weg, den Pg. Minister Dr. Franzen mit seinem Rücktritt erneut der deutschen und der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt hat.

Nicht wir, die andern verlieren die Nerven!

Es ist wirklich ein ergötzliches Spiel, das zur Zeit mit den Nerven der Untertanen (lies Staatsbürger) getrieben wird. Alle Schieber und Schieberlein, alle Bankerpartei appellieren dieser Tage wieder einmal an die Geschobenen, an die schaffenden Menschen, doch ja nicht die Nerven zu verlieren. Ja, sie winseln und wimmern in des Begriffes jämmerlichster Ausdeutung darum.

Warum tun sie das, warum rutschen sie auf den plattfußbehangenen Wasserknien herum wegen den Nerven, die nicht verloren werden sollen? Doch deshalb, weil sie selber diese Nerven bereits verloren haben.

Unsere Nerven sind stahlhart. Sie werden durch nichts, aber auch durch rein gar nichts erschüttert. Im Gegenteil, je mehr das Nervenkostüm der Ausweglosen zerfasert, desto härter wird das unsere. Kein Bankrott, keine Notverordnung, keine Herabsetzung der Golddeckungsgrenze, keine mihlungene Kreditaktion kann auf uns den leiftesten Eindruck machen. Wir stehen inmitten dieses Auflösungsprozesses wie ein „rocher de bronze“ auf den Millionen und Abermillionen deutscher Männer und Frauen hoffnungsvoll ihre Augen richten. Wir haben mit mathematischer Genauigkeit den Gang der Handlung vorausgesehen und vorausgesehen. Es überroßte

uns gar nichts. Wir stehen auch nicht mit leeren Händen da, wenn das Alte liquidiert wird. Wir denken auch gar nicht daran, diesen Auflösungsprozeß zu verlängern. Im Gegenteil ist unser Bestreben, diesem Schrecken ohne Ende baldigst ein Ziel zu setzen. Natürlich ganz und gar mit den Mitteln der Legalität. Man hat einstweilen vor unserer angegedichteten Illegalität gezittert. Heute sagen wir jenen, daß wir sie mit unserer Legalität mürbe machen werden.

Die politischen Blindgänger, Ausbläser und Fehlgänger, welche ihrer eigenen Unfähigkeit ihre Nerven als Opfer bringen müssen, versuchen in diesen Tagen äußerster Spannung Verwirrung in unsere Reihen zu tragen. Keine Lüge ist ihnen dabei zu gemein, keine Schweinerei zu groß. Die abgelebten Walzen werden wieder aufgelegt und sollen ihre Wirkung tun. Es hilft nichts mehr!

Wir schauen weder rechts noch links, sondern gehen wie bislang unseren geraden Weg allen sichtbaren und unsichtbaren Gewalten zum Trotz. Wir schauen mit Stolz auf unsere Führer und unsere Bewegung, die noch nie so einheitlich und geschlossen da stand. Wir greifen in diesen Zeiten der Unruhe offensiv und mit sicherer Hand nach denen, die gegen Hergens beiseite stehen, die noch nicht in unseren Reihen kämpfen und geben ihnen Richtung und Ziel mit den Worten J. Mohr's:

In jedes deutsche Herz
Gieß das Hakenkreuz aus Erz
Und bleib ihm treu
Es macht dich frei
Von aller Tyrannei!

Reichsbannerich als Kuppler

Die Reichsbannerfräcke, denen Skizzen die politischen Zwangsjacken geliefert hat, sind eine ganz besondere Garbe. Sehen wir davon ab, daß sie ihren geistigen Kampf nicht den eigenen Exkrementen an Haustüren und auf Türklinken austragen und sich von Frankreich Geld geben lassen. Es gibt neuerdings auch noch andere Gebiete, auf denen sie sich hervortun. Ein ganz strammer Heidelberger Reichsbannerich, alter Veteran der sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Heidelberg, machte Geschäfte auf dem Gebiet der freien Liebe. Karl Schöckel heißt er und war Besitzer des „Badischen Hofes“ in Heidelberg. Dieser stramme Republik-Schüler, der während des Heidelberger SA-Kaufmännischen mit schwarz-rot-gold flaggte, wurde dieser Tage am Wickel gekräftigt, weil er in dem oberen Stock seines „vornehmen“ Hotels ein Absteigequartier für Freudenmädchen bevorzugte, und weil er diesen „Asphaltblumen der Mitternacht“ etwas zu hohe „Provisionen“ verlangte. Mit diesen „lauer verdienten Groschen“ soll er dann und wann seinen blutrünstigen Schulo-Kameraden diverse Humpern Offensiv-Gelbst gestiftet haben. Man wird nun dieser Herde der Sozialdemokratie den Prozeß machen und wir freuen uns heute schon, dabei als Berichterstatter zugegen sein zu können. Allmählich kommen die Nebenbeschäftigungen der Reichsbannergrößen ans Tageslicht. Man wundert sich nur, daß es noch amüßige deutsche Arbeiter gibt, die in den Reihen dieser Judenschuhtruppe marschieren.

Dieser Klub mit seinem Kuppel-Anhang magt es, Horst Wessels unsterbliches Vermächtnis für seinen Zweck umzuwidmen und in einem „Schulo-Lied“ wie folgt zu singen:

Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen,
„Schulo“ marschieren, wir fürchten keinen Feind.
Dem Arbeitsvolke sind wir treue Kampfgenossen,
Tod dem Faschismus ist das Feldgeschrei.
Die Straße frei, der Freiheit Bataillonen
marschieren auf, die Freiheitsbanner wehen,
„Schulo“ greift an, wir werden keinen von Euch schonen.
Die braune Pest, die muß zugrunde gehen.
Reichsbannermann, die Stunde hat geschlagen,
Die Republik soll nicht zu Grunde gehen.
Wir tragen Freiheitsbanner über Barrikaden.
„Schulo“ voran, die Sturmefahnen wehen.

Schwarz, rot und gold, das sind die Sturmefahnen.
Schwarz ist das Pulver, rot ist unser Blut
Und gold en winkt die Freiheit, wenn wir niemals weichen.
Schwarz, rot und gold, die weihen wir unser Blut.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichsbannerich: erad Karl Schöckel dem Jehona-Gar isten, der den geistigen Des: stahl an unserem Horst-Wessel-Lied vollführte, aus dem Strumpfgeld der Heidelberger Strahendinnen einige Liter Offensivgeist stiftete, um ihm seine Hemmungen zu erlösen.

Frei Heul!

Wer muß unterdrückt werden?

Die „Volksstimme“ entwickelt sich mit rascher Schnelligkeit zu einem Witzblatt von Rang. Beweis dafür ist neuerdings wieder eine Auslastung in der Nr. 197 vom Samstag, den 25. Juli. Dort wird unter dem Artikel: „Arm in Arm mit den Faschisten“ u. a. geschrieben:

„Der Volksentscheid der vereinigten Reaktion in Preußen richtet sich gegen die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie sollen unterdrückt, entrecht, geknebelt werden, wenn die Faschisten an ihr Ziel gelangen. Alle Errungenschaften ihres jahrzehntelangen Befreiungskampfes sollen ihnen durch eine faschistische Diktatur entrisen werden.“

Es muß hier entschieden eine Verwechslung vorliegen. Die „Volksstimme“ wollte sicherlich schreiben, daß sich das preußische Volksbegehren gegen die sozialdemokratischen Bonzen und Arbeiterführer richtet, und daß diese unterdrückt werden sollen.

Welche Errungenschaften eines jahrzehntelangen Befreiungskampfes den Arbeitern entrisen werden können, ist ganz bestimmt auch dem Hellscher Erik Hanussen ein unlösbares Rätsel. Vermutlich war die Redaktion der Volksstimme mit einem Silberstreifen-Mikroskop in Preußen und hat vor dem Arbeitslosenämtern die Errungenschaften mikrospiziert. Allem Anschein nach konnte der Apparat aber dort nicht gebraucht werden, da die Errungenschaften prachtooll mit dem bloßen Auge zu sehen waren und zwar ebenfogut wie die der sozialdemokratischen Bonzen.

Legteren sollen sie entrisen werden, damit sie auf erstere verteilt werden können. Das ist mit ein Zweck des preußischen Volksbegehrens, betrachtet unter dem Gesichtswinkel des deutschen Volkes.

Philipp hat's gut

Was lesen wir heute unter „Neues vom Tage“? Genosse Philipp Scheidemann, Großverdiener ohne Frage, dem als Buchdrucker zweifellos mal ein Schnaps geschmeckt, schwimmt ja Berlin — bis zum Eischisch voll — in Sekt.

In Deutschlands Städten drücken die Fürsorgeelasten, Und die Unterstützungsempfänger lernen das Fasten. Nächstens nehmen die Innungen keinen Lehrlingen mehr an, der nicht vierzehn Tage hungern kann.

Lenkaus.

Sozialdemokratische Angstschwafeln

Den SPD-Bonzen geht ein gewisser Körperteil in Grundels, weil die Kommunisten beschlossen haben, sich an dem Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages zu beteiligen. Wir können natürlich diesen Schmerz verstehen, geht es doch jetzt haarstark um die seligen Pränden schwarz-rot-er Herrlichkeit. Zu ihrer Verteidigung verbrauchte die sozialdemokratische Journalistik schon seit Jahren Tannen von Druckerchwärze. Nun scheint alles vergeblich gewesen zu sein, denn die blutroten Nachbarn zur Linken lassen sich in ihrer Wahndee, an die Macht zu kommen, nicht mehr zurückhalten.

Wenn in diesem Zusammenhang die sozialdemokratische Bonzokratie in ihrem hysterischen Angstgeschrei von einer gemeinsamen Front zwischen Hitler und Thälmann fiebert, dann ist das natürlich ebenso lächerlich wie lächerlich. Uns ist die Beteiligung der Kommunisten am preußischen Volksentscheid genau so gleichgültig wie dem bekannten Hund, der von dem gleichfalls bekannten Hund angebellt wird.

Preußen wird unser ohne und gegen die Kommunisten!

Freiwillige vor!

1 gegen 1000!

Es geschehen in unserer schweren Zeit doch immer noch Zeichen und Wunder. Man hatte den Glauben daran fast verloren. Da geschah es, daß sich etwas ereignete, das unserem baddischen Volk wieder Haltung, Vertrauen und Rückgrat geben wird. Viele Taten werden in ihrem Laufe gehemmt und viele Seufzer einem erlösten Lächeln Platz machen. Die bad. Regierung hat nämlich die Empfänger hoher Einkommen in den Kommunalverwaltungen in freudlich gehaltenem Schreiben aufgefordert, sie mögen freiwillig auf 20 % ihres Gehaltes verzichten. Oben in Karlsruhe mag man gefessen haben, um die Flut von freiwilligen Verzichtserklärungen abzuwarten. Man wartete nicht vergeblich. Die Ausdauer wurde belohnt, das Wunder geschah, es kam ein Verzicht! Möge diese Tat dem Volke ein Beweis sein, daß die Opferfreudigkeit der Großverdiener auch heute noch nicht ausgestorben ist.

Für unerlangt eingefandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Anfragen und Einwendungen ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Die Steuern gehen nicht ein

Da hat einer Unrecht!

Dieser Tage las man in fast allen Erfüllungsbüchern die Mitteilung, daß die Steuererlänge erfreulich sind, ja, daß sie terminmäßig eingehen. Wir dachten schon an einen Sturm der Zahlungswilligen auf die Finanzämter. Da kommt nun gestern wie ein Bliz aus heiterem Himmel eine Mahnung des Herrn Reichsfinanzministers Dietrich, in welcher er auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit hinweist, daß die seit dem 13. Juli in erschreckendem Maße zurückgegangenen Steuerzahlungen nunmehr aber rechtzeitig eingehen müssen. Er ordnete darum an, daß durch die Finanzvorsteher sofort folgende Maßnahmen erlassen werden:

1. Beschleunigte Feststellung aller Rückstände.
 2. Beschleunigte Durchführung des Nachnahme- und Mahnverfahrens.
 3. Beschleunigte Durchführung der Vorkreibung.
- Zu diesem Zwecke sollen die Kassen und Vollstreckungsstellen der Finanzämter vorübergehend durch das Personal der Veranlagungsabteilungen verstärkt werden. Um unnötige Härten zu vermeiden, bleiben die gewöhnlichen Steuerleistungen in Kraft; auch die bisher auf Widerruf gewährten Stundungen sollen nicht als aufgehoben gelten.

Uns hat einmal ein Finanzfachverständiger in dürren Worten gesagt, daß da, wo nichts ist, der Kaiser sein Recht verloren hat. Auf vorderpfälzisch übersetzt heißt das: Kopp eener Krott e Hoor raus wann se keens hatt! Das bringt selbst eine Personalverstärkung an den Kassen und Vollstreckungsstellen nicht fertig.

Verboten! Verboten!

Die in Bochum erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Rote Erde“ wurde auf Grund der Notverordnung für die Dauer von 4 Wochen verboten.

Die in Regensburg erscheinende nationalsozialistische Wochenzeitung „Schaffendes Volk“ wurde auf die Dauer von 2 Wochen verboten.

Unser in Lahe erscheinendes Parteiblatt „Das Griselhorn“, das ein Nachrichtenblatt der Ortsgruppe ist, wurde am 24. Juli auf Grund des § 12, Abs. 1 der Notverordnung vom 20. 3. 31 und vom 17. 3. 31 beschlagnahmt und eingezogen.

(Fortsetzung folgt.)

Der „rote Erntestreit“

Hungersnot auf Befehl Moskaus

Während auf der einen Seite die Kommunisten mit dem sogenannten „Bauernhilfsprogramm“ eine Riesenpleite erlebt haben, rüsten die deutschen Soldaten Moskaus zu einer gemeinen Sabotage der deutschen Ernte.

Der Dresdner „Freiheitskampf“ veröffentlicht ein von der Bezirksleitung Sachsen der KPD auf Anordnung des Moskauer Zentralkomitees herausgegebenes „Rundschreiben an alle Ortsgruppen Nr. 6“, das die ganze Skrupellosigkeit der von den Sowjetjuden bejagten Meute enthüllt.

„Vom ersten Tage des Kampfes an sind die schärfsten Mittel anzuwenden. Die Einstellung der Viehpflege, Rinder und Pferde füttern, Melken, Abmilken usw. Sofort vom ersten Tage ab. Es gilt deshalb besonders diese Kategorie von Arbeitern, wie Melker, Oberschweizer, Geshirrführer, Stallburshen usw. für die Kampffront zu gewinnen.

Man will also das deutsche Volk durch gemeine Sabotage der Hungersnot preisgeben; die deutsche Ernte soll auf dem Felde verfaulen, das Vieh verhungern und verderben, nur um dem russischen Dumping zum Erfolge zu verhelfen.

Rathenaus Prophezeiung

Der Jude Walter Rathenau, der erklärte Abgott aller Demokraten und Marxisten, einer der 300, die (nach seinem eigenen Urteil) die Welt regieren, gab im Jahre 1919 eine Prophezeiung des kommenden Deutschland, die gerade heute wieder außerordentlich an Bedeutung gewinnt.

„Wer in 20 Jahren Deutschland betritt, das er als eines der blühendsten Länder der Erde gekannt hat, wird niedersinken vor Scham und Trauer. Die großen Städte des Altertums: Babylon, Ninive, Theben waren von weichem Lehm gebaut, die Natur ließ sie zerfallen und glättete Boden und Hügel. Die deutschen Städte werden nicht als Trümmer stehen, sondern als halbverfallene, steinerne Blicke, noch

Defizit und Steuererhöhung

Seit Jahren erleben wir jetzt dies liebliche Spiel: Sinken infolge der Wirtschaftskrise die Einnahmen, so werden wohl die Steuern erhöht, aber nicht die Ausgaben gesenkt.

Table with 3 columns: Steuerart, so sind tatsächlich eingegangen, mithin ein Minus von: für Einkommensteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Mineralwassersteuer, Kapitalverkehrssteuer, Beförderungssteuer, Biersteuer, Umsatzsteuer, Spritusmonopol.

Diese dauernden Rückgänge durch Ueber- spannung der Steuern zeigen deutlich, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit schon bei weitem überschritten ist.

Die Beamten fragen beim Staatsgerichtshof

Verschiedene Fachverbände im Landeskartell Baden des Deutschen Beamtenbundes, insbesondere die Gemeindebeamten und Lehrer, haben beschloffen, das badische Notgesetz durch gerichtliche Maßnahmen zu bekämpfen.

Allgemein wurde das Vorgehen des badischen Staats- ministeriums gegen die Beamten, die in Protestversammlungen gegen die Verordnung als Redner auftraten, scharfstens verurteilt.

Die Herren, die in Baden das Heft in der Hand haben, Herr Dr. Waites und seine Juristenkollegen, erleben wenig Freude an ihrem Notgesetz. Alle Beruhigungs- und Beschwichtigungsversuche sind infolge dieser ungeheueren Maßnahmen umsonst gewesen.

zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen. Ein paar Stadtviertel sind belebt, aber aller Glanz und alle Herrlichkeit nicht gewichen. Müde Gefährte bewegen sich auf dem morschen Pflaster, Spelunken sind erleuchtet, die Landstraßen zertreten, die Wälder sind abgeschlagen, auf den Feldern heimt dürstige Saat. Häfen, Bahnen, Kanäle verkommen, und überall stehen traurige Wohnungen, die hohen verwitterten Bauten aus der Zeit der Größe. Ringsumher blühen, erstarbt, alte und neue Länder im Glanz und Leben neuer Technik und Kraft, ernährt vom Blute des verstorbenen Landes, bedient von seinen vertriebenen Söhnen.

Mit Erschütterung können wir feststellen, daß infolge der von Rathenau inaugurierten wirtschaftlichen Ideen, diese furchtbare Prophezeiung, schon nach 12 Jahren in Erfüllung zu gehen scheint!

Es wird die Aufgabe der jungen Generation, des erwachenden nationalsozialistischen Deutschland sein, zu verhindern, daß sich die frivolsten Prophezeiungen des Juden Rathenau in den nächsten 8 Jahren bis zur letzten Konsequenz verwirklichen.

Und du?

- Täglich sprechen Hunderte von nationalsozialistischen Red- nern vom kommenden Reich.
Täglich opfern Tausende von Ortsgruppenleitern, Rassen- warden, Schriftwarten, Zellenobleuten ihre körg- liche Freiheit für das kommende Reich.
Täglich rennen Tausende von Jg. treppauf, treppab und werden für unsere Versammlungen und für unsere Presse.
Täglich sehen Zehntausende ihren Beruf, ihre Zukunft aufs Spiel im Interesse des kommenden Reiches.
Täglich schlagen Zehntausende von SA- und SS- Ka- meraden ihr Leben in die Schanze für die Idee Adolf Hitlers.

Du willst zurückstehen? Nein!
Deshalb wirfst du sofort einen neuen Bezieher für das „Hakenkreuz-Banner“.

Mangelndes Vertrauen überall

Ein deutscher Kaufmann, der schon viele Jahre die nordischen Länder bereist, schreibt aus Kopenhagen am 20. Juli u. a. folgendes:

„Die Wirtschaftslage in Deutschland hat sich ja seit dem Schreiben Ihrer wertigen Zeilen krisenhaft weiterentwickelt, aber ich darf wohl ruhig auch hinterher behaupten, daß ich es so habe kommen sehen.“

Ihnen ist vielleicht bekannt, daß ich aus der Grenz- stadt herkomme, wo noch meine Eltern wohnen, die ich jedes Jahr, kurz vor Weihnachten, besuche. Ich habe dort mit eigenen Augen sehen können, wie Staat und Stadt mit dem Gelde der Steuerzahler und gepumpten Mitteln gewirtschaftet haben, so daß es nur eine Frage der Zeit war, wann der Zusammenbruch kommen mußte. Ein Volk, dessen Nationaleinkommen 55 Milliarden jährlich ist, kann nicht gut 30 Milliarden davon durch Staat und Städte verwirtschaften. Man hat in Deutschland diese Tat- sachen nicht sehen wollen und nur die Schuld auf die Tribute an die Entente geworfen, aber die nicht einmal 2 Milliarden spielen bei fast 30 Milliarden gewiß nicht

Laßt Zahlen sprechen!

Herr Steuerzahler! Sollte es Sie interessieren, daß in Deutschland zur Zeit 103 Minister amtieren und 2384 Abgeordnete Wahlen kassieren: hier sind die Zahlen, bitte Sie zu notieren!

Darf ich ferner zu erwähnen mir noch gestatten, daß wir seit dem Kriege 17 verschiedene Kabinette hatten mit 76 Reichsministern, die fast alle noch leben, und für die wir ungezählte Tausende Pension ausgeben, obwohl sie anderweitig doppelt und dreifach verdienen! Und darf ich zum Schluß noch fragen: Wie wird Ihnen? Lynkeus.

Das Reichsgericht hebt das Verbot des „Völkischen Beobachters“ auf!

Bekanntlich wurde am 12. Juli der „V. B.“ unter nicht stichhaltiger Begründung für 3 Wochen verboten. Die sofort eingelegte Beschwerde erreichte das Reichsgericht erst am 24. Juli (!). Das Reichsgericht entschied bereits am 25. Juli das Wiedereröffnen des „Völkischen Beobachters“ für Montag, den 27. Juli.

Dieses Reichsgerichtsurteil dürfte die Bayerische Regie- rung schwer bezauneln!

Ein Reinfall der „Welt am Montag“

Es ließ gewisse pazifistische Kreise nicht ruhig schlafen, daß das bekannte nationale Kriegsbuch „Wir von der In- fanterie“ von Dr. Friedrich Lehmann innerhalb 10 Wochen nach Erscheinen bereits in 3. Auflage vorlag.

Zunächst versuchte der pazifistische Pachtelreiter-Verlag in Hamburg im Wege einer einseitigen Verfügung dem Verlag Lehmann den Gebrauch des Titels „Wir von der Infanterie“ verbieten zu lassen, da dieser Titel mit dem seines eigenen Verlagswerkes „Westfront 1918. Wir von der Infanterie“ verwechselt werden könne. Nachdem dieser Antrag in zwei Instanzen von Hamburger Gerichten abgelehnt worden war, erschien einige Wochen später in der „Welt am Montag“ eine Notiz, die von Neuem diesen Vorwurf erhob und behauptete, der Verleger F. J. Lehmann habe durch die Titelmahl einen „Wettbewerb unlauterster Art“ begangen. Weiter hieß es: „Wie würden die Antisemiten toben, wenn ein jüdischer Verlag sich eines so schädigen Geschäftstricks bediente, wie es hier der altdeutsche Edelgermane Lehmann getan hat!“

Auf diese Anwürfe stellte der Verleger Lehmann sofort Klage und der verantwortliche Schriftleiter der „Welt am Montag“, Albert Weidert in Berlin, wurde wegen äbler Nachrede und Beleidigung zu 500.— RM Geldstrafe verurteilt. Die von ihm eingelegte Berufung wurde verworfen. In dem Urteil der drei Instanzen ist übereinstimmend fest- gestellt, daß der Vorwurf, der Verleger Lehmann habe aus Konkurrenzgründen absichtlich einen Titel gewählt, der zu Verwechslungen Anlaß geben könne, jeder Grundlage entbehrt. Auch wurde dem Angeklagten von allen drei Instanzen der Schutz der Wahrung berechtigter Interessen verweigert, obwohl er in jeder Instanz sich auf den Standpunkt stellte, daß ihm als politischen Gegner freistehen müsse, den Verleger der „Gefährten Justiz“, „Deutschlands Erneuerung“ und der rasse- kundlichen Bücher Dr. Günthers persönlich zu beschimpfen.

Damit ist die Absicht der pazifistischen Kreise gescheitert, das von starkem nationalen Willen getragene, dabei aber kritische Kriegsbuch, das schon zahllose Deutsche erfreute, unmöglich zu machen und seinen Verleger als einen unan- ständigen Menschen hinzustellen.

1700 Junglehrer und eine Jüdin

Als Opfer der Katastrophenspolitik des roten Berliner Magistrates wurden in diesem Monat 1700 Junglehrer ent- lassen, die ohne jede Verdienstmöglichkeit auf der Straße liegen. Man sollte nun meinen, daß bei dieser schweren Not- lage der deutschen Junglehrer alles geschieht, für baldige Wiedereinstellung zu sorgen und entsprechend bei Anstellung hierauf Rücksicht genommen wird. Man hat hierbei jedoch nicht mit der in der Reichshauptstadt unter dem gegenwärtigen Regime herrschenden Vetterwirtschaft gerechnet. So wird in Neukölln auf Betreiben eines Stadtrat Löwenstein (!) eine sozialdemokratische Wiener Jüdin beschäftigt, die weder in Oesterreich noch in Deutschland die erforderlichen Prüfungen abgelegt hat. Die faubere Dame ist auch vor den Rassen- entlassungen am 1. Juli bemerkt geblieben. Befähigung? Das ist Nebensache; das richtige Parteibild und manches andere ist vorhanden. Das genügt! — Wie lange noch? ...

Die Hauptrolle. Ich persönlich jedenfalls fasse kein Ver- trauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse, so lange nicht Staat und Städte ihre Gesamtausgaben mit aller- mindestens 10 Milliarden verringern, welche der Wirtschaft dann verbleiben.

Da nichts darauf deutet, daß diese einzig rettende Maßnahme ergriffen wird, habe ich leider wenig Ver- trauen — einerlei, was auch bei der Londoner Konferenz herausgehauen mag. Ich bedauere diese Dinge nicht nur, weil meine eigenen Interessen damit verbunden sind, sondern ganz besonders auch im Interesse Deutschlands, das wirklich ein besseres Geschick seiner fleißigen und tüchtigen Be- völkerung verdient hätte.“

So sehen heute fast alle unsere Kaufleute die Lage, und mit solch bitteren Worten und geringem Vertrauen schauen sie auf das Gehaben in ihrem Vaterland. Sie, die ernstens deutschen Geist, deutsches Schaffen und Können in die Welt getragen, stehen kopfschüttelnd und resigniert den verkehrten Staats- und Verwaltungsmaßnahmen gegenüber.

Der erste Reinfall

Für die „sozial“-demokratischen Genossen ist es mehr als peinlich, daß gerade ihr Parteigänger, der preussische Minister- präsident Braun, als Erster Gebrauch von der Pressenotver- ordnung gemacht hat. Darum muß denn auch der Antische (?) Preussische Presseklub erneut versichern, die Preussische Re- gierung stehe auf dem Standpunkt, daß von dem ihr durch die Notverordnung gegebenen Recht der Entgegnung auf Artikel und andere Pressäußerungen nur äußerst zurückhaltend und ohne jede Engherzigkeit und Kleinlichkeit Gebrauch ge- macht werden solle. Wenn er sich allerdings um die Ver- teidigung der morgigen Preußenmacht handele, hört jede „Zurückhaltung“ auf. Trotzdem ist es aber peinlich, für „Sozial“-Demokraten! Noch peinlicher aber ist, daß die erste Anwendung der Pressenotverordnung auch formell widerrechtlich erfolgte. Der Aufruf des Grafen Raichreuth erschien nämlich schon am 11. Juli, während die Notverordnung über die Presse erst mit dem 17. Juli in Kraft trat. Mit Fug und Recht weigert sich deshalb der Redakteur der Landbund-Zeitungen den Beitrag des Herrn Braun aufzunehmen.

Der in Graz, Steiermar mit Ausen- dorf, stehen, allen G- schaften ein freudl- Reich und schaft, die

Fast wolken in vom alter- da aber kommen o- ausschuf- dententag Opfer und

Nach auf dem tag am Deutschen Julia der sowohl w- Festigung deutschen schulen un- alle herzh- In sämtliche studentische Grundlaga- Haltung i- Jugend ste- über heran- generation- denn je. Wirklichkeit auf dem die hochsch- Preussische schlußfreud- bürgerliche gerichtshof- aufgehoben- anerkannt- erlangung

Es so Einzelheiten auch nicht- und das i- zur Deutsch- Grönder u- Widerstand- kommt aus-

Nicht Zeitungen- hundert Ar- die Sowjet- 1929, wur- ledige über- Eintritts d- funktionier- sich nichts- Musterhäuf- sich aber k- klüde. Die- 21. Februar- Arbeiter, d- vergeffen- ist, wie g- dort wohn- kleinen Kü- denn auch d- während in- hoher sum- die nicht e- Beim Bau- gärten ein- wärtigen E- von Cashe- auf denen- große Rolle- Wenn

sind, so mi- den anderen- sein. Der- Eingehen a- teristische B- Gebiets in- Orien herr- In dem- Gafeta“ geb- der Vermal- Sowjets ab- mitgeteilt, d- in Irrenanst- der gewaltig- hausplätze f- sind überal- das für 800- Die überich- Korridoren- Uebel der A- fähigen. E- das Essen- prägen das- gesamte Bau-

14. Deutscher Studententag in Graz

Zwei Nationalsozialisten einstimmig zu Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft gewählt

Der 14. Deutsche Studententag fand vom 18. bis 23. Juli in Graz, der östlichsten deutschen Hochschulstadt, in der schönen Steiermark statt. Er war von allen deutschen Hochschulen mit Ausnahme von Kiel, Köln, Münster, Bonn und Düsseldorf, wo zur Zeit keine Studentenschaftsvertretungen bestehen, besetzt. Ungefähr 250 deutsche Studenten waren aus allen Gauen Deutschlands als Vertreter ihrer Studentenschaften herbeigekommen, um im Osten des deutschen Sprachgebietes ein freudiges und flammendes Bekenntnis zum großdeutschen Reich und dem großdeutschen Aufbau der Deutschen Studentenschaft, die Wegbereiter des Kommenden sein muß, abzulegen.

Fast war der Studententag durch die drohenden Gewitterwolken in Deutschland in Frage gestellt und auch bereits vom alten Vorstand der D. St. in letzter Minute abgefragt; da aber die meisten Studentenvorsteher in Graz schon angekommen oder mindestens unterwegs waren, beschloß der Hauptausschuß auf das Drängen der Nationalsozialisten den Studententag doch durchzuführen, damit die bereits entstandenen Opfer und Kosten nicht umsonst gebracht sind.

Nachdem am Freitag, den 17. Juli, ein Begrüßungsabend auf dem Schlossberg stattgefunden hatte, wurde der Studententag am Sonnabend, 19.30 Uhr, von dem Vorsitz der Deutschen Studentenschaft, Herrn Referendar Schulz, in der Aula der Karl-Franzens-Universität zu Graz eröffnet. Hier sowohl wie bei der am Sonntag vormittag stattgefundenen Festkündigung im Stephanssaal, dessen Programm auf die deutschen Sender übertragen wurde, waren zahlreiche Professoren, Vertreter der Stadt, des Landes und öffentlicher Körperschaften, sowie die Rektoren der beiden Grazer Hochschulen und der Montanistischen Hochschule Leoben anwesend, die alle herzliche Begrüßungsworte an die Versammlung richteten. In familiären Ansprachen kam klar und deutlich der Wille der studentischen Jugend zum Neubau des Reiches auf großdeutscher Grundlage zum Ausdruck. Der Studententag hat durch seine Haltung überzeugend bewiesen, daß die deutsche akademische Jugend sich in hohem Maße dem Schicksal der Nation gegenüber verantwortlich fühlt. Das Erbe der studentischen Frontgeneration ist in der heutigen akademischen Jugend lebendiger denn je. Zielbewußt kämpft sie um die Erhaltung und Verwirklichung der Idee einer deutschen Studentenschaft, aufgebaut auf dem volksbürgerlichen Prinzip. Aus dem Bericht über die hochschulpolitische Lage ging hervor, daß trotz der vom Preussischen Ministerium so oft an den Tag gelegten „Anschlußfreundlichkeit“ von ihm eine Anerkennung des volksbürgerlichen Prinzips, wie es bei dem inwärtigen vom Staatsgerichtshof der Republik Desterreich aus formalen Gründen aufgehobenen Wiener Studentenrechts verankert war, nicht anerkannt wird und infolgedessen der Kampf um die Wiedererlangung der staatlichen Anerkennung aussichtslos ist.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang nicht, auf weitere Einzelheiten einzugehen, was im Rahmen dieses Berichtes auch nicht möglich ist. Jedenfalls muß festgestellt werden, und das hat der Studententag eindeutig bewiesen: was sich zur Deutschen Studentenschaft bekennt, ist einig im Willen ihrer Gründer und wird allen Versuchen, sie zu zerbrechen, schärfsten Widerstand und innere Geschlossenheit entgegenzusetzen. Dieser Wille kommt auch in einer früheren Entschliessung der studentischen

Korporationsverbände zum Ausdruck. Die studentische Jugend in ihrer überwiegenden Mehrheit hat heute erkannt, daß ihre vornehmste Aufgabe ist, sich einzugliedern in die große Freiheitsbewegung des deutschen Volkes, so der Nation und damit sich selbst dienend.

Dieses Bekenntnis zum Kommenden, zur Zukunft, dieser Glaube an Deutschland fand seinen überwältigenden Ausdruck in der einstimmigen Wahl von 2 Nationalsozialisten zum ersten und dritten Vorsitz der Deutschen Studentenschaft.

Der zweite bisherige Vorsitz, ein katholischer Student, wurde ebenfalls einstimmig als solcher wiedergewählt. Erster Vorsitz wurde Pinau (N.S.), bisheriger Kreisleiter 7 (Bayern) der D. St., zweiter der bisherige zweite Vorsitz Gierlich, dritter der Nationalsozialist Askevoold, Karlsruhe, bisheriger Kreisleiter 6 der D. St. Der neue Vorstand der Deutschen Studentenschaft ist der sichtbare Ausdruck für die geistige Einheit dieser deutschen Studentenschaftsbewegung und der Garant für die Verwirklichung ihrer Ziele.

Der 14. Deutsche Studententag, der in seinen Ausschüssen und Beratungen wichtige und für die zukünftige Arbeit richtunggebende Beschlüsse faßte, sowie zu allen hochschulpolitischen Angelegenheiten eine klare und eindeutige Stellung einnahm, ist vorüber.

Die Judenpresse vermeldet es, auf die Bedeutung dieser Tagung deutscher Studenten einzugehen. Das ist nur zu begreiflich. Wir Nationalsozialisten würdigen dieses Ereignis so wie es gewürdigt werden muß. Für uns bedeutet diese deutsche Studententagung die Krönung unseres bisherigen Kampfes auf der deutschen Hochschule für Freiheit, Arbeit und Brot. Die Deutsche Studentenschaft unter nationalsozialistischer Führung wird in den kommenden Monaten größter politischer Entschlüsse beweisen, daß sie auf dem Posten ist. Mögen sich ihre Feinde vorsehen: kein staatlicher Terror, nichts wird die Deutsche Studentenschaft in ihrem Willen und Wollen zerschlagen können. Die junge deutsche studentische Generation bekennt sich bedingungslos zum Volk und zum Kampf um seine Befreiung aus Schmach, Fesseln und Ohnmacht. Die erste Tagung fand ihren wehrvollen Abschluß mit einer Kranzniederlegung an der Gedenktafel gefallener Kommilitonen der Grazer Universität und dem gemeinsamen Gesang der 1. Strophe der „Wacht am Rhein“.

An den beiden nächsten Tagen unternahmen die Studententagsmitglieder eine Fahrt durch die Steiermark, um Land und Leute kennen zu lernen. Überall wurden sie freudig empfangen und gut bewirtet. Und überall predigten sie den Glauben an das Kommende, an das großdeutsche Vaterland.

Gauer.

Einsteins Bekenntnisse

Einer der „prominentesten“ Lieblinge der Journalisten ist der jüdische Professor Einstein, der dank einer geschickten Reklame als Entdecker der Relativitätstheorie Weltruhm erlangt hat. Um diesem Herren Popularität zu verschaffen, will man uns immer vormachen, daß der Professor, der an einer deutschen Universität lehrt und sich auf Kosten der deutschen Steuerzahler bezahlen läßt, auf seinen zahllosen Auslandsreisen das Deutschtum vertritt. Einstein selbst will jedoch von Deutschland nur soviel wissen, als es mit seinem Gehalt zusammenhängt. Das beweist eindeutig sein Bekenntnis im englischen „Sunday Express“, wo er am 24. Mai d. J. schreibt:

„Wenn ich die Redensart höre „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, so muß ich lachen. Diese Staatsbürger wollen:

1. nichts mit meinen armen ostjüdischen Brüdern zu tun haben;
2. nicht Ehre meines (des jüdischen) Volkes sein, sondern nur Mitglieder der jüdischen Kulturgesellschaft.

Ist das ehrenhaft? Kann ein Nichtjude Leute, die sich so verhalten, achten? Ich bin ein Jude und bin froh, dem jüdischen Volke anzugehören.“

Wir würden uns freuen, wenn Professor Einstein möglichst bald mit seiner gesamten Sippschaft aus diesem „Bekenntnis“ die Konsequenz zöge und mit seinen „armen ostjüdischen Brüdern“ uns verschonen möchte!

Vorwärts im Land!

64 Neu-Aufnahmen in Vöhren bei Sinsheim a. E.

Nach einer Mitgliederversammlung am hiesigen Ort konnten wie 64 Neu-Aufnahmen buchen auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten, die uns eine öffentliche Versammlung unterlagte.

20 Neu-Aufnahmen

In einer gutbesuchten Versammlung in St. Georgen mit Vg. Dörner aus Wiesbaden konnten wir 20 Mitglieder in unsere Reihen aufnehmen!

Volle Versammlungsfälle

In Kändern und Lörzsch hatten wir in den letzten Tagen je eine Versammlung, die in beiden Orten übervolle Säle aufzuweisen hatten. In Radolfszell am Bodensee sprachen Vg. Rudin und Roth, 600 Volksgenossen waren anwesend. Neu-Aufnahmen und Zeitungsbestellungen konnten in großer Zahl herausgeholt werden.

Achtung!

Am Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Wirtschaft „Zum Klostergerichten“, U. 6. 13, eine Versammlung für Betriebszellenmitglieder und für Parteigenossen, die als Beamte, Angestellte oder Arbeiter in öffentlichen, staatlichen oder privaten Betrieben beschäftigt sind, statt. Ueber die neuesten Richtlinien der Reichsleitung der NSD. wird Bericht erstattet. Am vollzähligen Erscheinen wird gebeten.

geg. Dr. R. Roth,

Bezirksleiter der NSD. Mannheim-Weinheim.

Kommunisten! Herhören!

Nicht viel erfreulicher sind die Mitteilungen der Sowjet-Zeitungen über neu erbaute Kommunale Arbeiterhäuser. Zweihundert Arbeiter der Gruben Nr. 141, 142 und 143, so schreibt die Sowjetzeitung „Trud“ in der Nummer vom 5. Dezember 1929, wurden in neu errichtete zweifelhafte Wohnhäuser für Ledige überführt. Es erwies sich aber, daß, ungeachtet des Eintritts der Fröste, die Heizung den ganzen Winter nicht funktionierte, und daß trotz allen Bemühungen in dieser Hinsicht nichts erreicht werden konnte, obwohl diese Häuser als Musterhäuser gelten sollten. In diesen Mustergebäuden befindet sich aber kein einziger Toilettenraum und keine einzige Waschküche. Dieselbe Zeitung „Trud“ schreibt in der Nummer vom 21. Februar 1930 über andere neu errichtete Wohnhäuser für Arbeiter, daß auch in ihnen die Errichtung von Waschküchen vergessen worden ist. Wo aber eine Waschküche vorhanden ist, wie z. B. in der „Siedlung 1905“, reicht sie von den dort wohnenden tausenden Familien nur für 80 aus. In kleinen Küchen, die zu je drei bis vier Zimmer gehören, müssen denn auch drei oder vier Frauen ihre Wäsche in Trögen waschen, während in demselben Raum auf dem Gasherd fünf Petroleumkocher summen und auf dem Fußboden Kinder herumkröchen, die nicht allein in den Zimmern gelassen werden konnten. Beim Bau der Häuser hat man an die Schaffung von Kindergärten einfach nicht gedacht. Sehr bezeichnend für die gegenwärtigen Lebensverhältnisse ist auch, daß trotz dem Einbau von Gasherden die sogenannten „Primus“ (Petroleumkocher), auf denen die Hausfrauen die Nahrung zubereiten müssen, eine große Rolle spielen.

Wenn die Wohnhäuser und Arbeiterkasernen so überfüllt sind, so müssen die Verhältnisse in den Krankenhäusern und den anderen öffentlichen Versorgungsanstalten auch schauerhaft sein. Der Umfang unserer Schrift gestattet nicht ein näheres Eingehen auf diese Frage, wir wollen aber doch einige charakteristische Beispiele für die Verhältnisse anführen, die auf diesem Gebiete in Leningrad und Moskau, geschweige denn in anderen Orten herrschen.

In dem in der Nr. 189 vom 12. August 1930 der „Krasnaja Gazeta“ gedruckten Auszug aus einem Bericht an das „Plenum der Verwaltungsektion für Gesundheitschutz des Leningrader Sowjets über psychiatrische Hilfe an die Bevölkerung“ wird mitgeteilt, daß das frühere Petersburg über mehr als 5000 Betten in Irrenanstalten verfügte. Gegenwärtig hat Leningrad ungeachtet der gewaltigen Bevölkerungszunahme nur etwa 3000 Krankenhausbetten für Geistesranke. Alle Irrenanstalten in Leningrad sind überlastet. So sind im 2. Psychiatrischen Krankenhaus, das für 800 Kranke eingerichtet ist, 937 Kranke untergebracht. Die überschüssigen Kranken schlafen auf dem Fußboden, in Korridoren und in anderen ungeeigneten Räumen. Das soziale Uebel der Irrenanstalten, heißt es im Bericht, sind die Trunksüchtigen. Sie verprügeln die anderen Kranken, nehmen ihnen das Essen weg, treiben Unfug in den anderen Stationen, verprügeln das Krankenhauspersonal und terrorisieren garabzu die gesamte Bevölkerung der Krankenhäuser. (Fortsetzung folgt.)

Prof. Dr. Suchenwirth, Wien, in Mannheim

Darf Desterreich zugrunde gehen?

war das Thema, über das unser Wiener Vg. Suchenwirth am Sonntag abend im Rosenfaal des Rosengartens sprach. Ursprünglich lautete das Thema: „Darf Deutschland zugrunde gehen?“

Ueber Deutschland darf man heute nicht reden. Aber es ist im Grunde genommen gleich, ob man über Deutschland spricht oder über Desterreich. In beiden Ländern dieselben Regierungen, dieselben Bankkandale und dieselben marxistischen „Seelen“, die das Volk zugrunde gerichtet haben, daß es heute in der Sklaverei leben muß. In Desterreich ist die Christlich-Soziale Partei daselbe wie in Deutschland das Zentrum: die Förderin der marxistischen Volkszerstörung und der kapitalistischen Ausbeutung des schaffenden Volkes.

Vg. Kreisgruppenführer Leng, M. d. R.,

eröffnete die Versammlung und las zuerst die polizeilichen Verordnungen für diese Versammlung vor, in der es heißt, daß über die Notverordnungen nicht gesprochen werden darf (was wir ja verstehen!). Die Zuhörer bedankten sich entsprechend für diese polizeiliche Auflage. Sodann ergriff Vg. Suchenwirth das Wort, von der Versammlung aufs herzlichste begrüßt.

Prof. Dr. Suchenwirth, Wien, übermittelte zuerst die Grüße der österreichischen Vg. und Freunde Deutschlands, die starken Anteil an der Not ihres deutschen Brudervolkes nehmen. Ueber Deutschland darf ich nicht reden, sondern nur über Desterreich. In beiden Ländern herrscht daselbe System und in beiden Ländern:

ein Volk in Ketten.

Selne von höchstem Idealismus getragenen Ausführungen fanden überaus starken Beifall. Er zeigte uns von Grund auf die Einwanderung der Juden in Wien, wie sie ohne etwas zu besitzen zu einem reichen Volk kamen, es begaunerten und auspowerten und heute das Volk in Elend und Knechtschaft

geführt haben. Heute herrscht in Desterreich der Jude und die Marxisten, und das Volk geht vor die Hunde. In Desterreich eben solche Bankkandale, wie in Deutschland. Ein Jude mit einem Millionenvermögen läßt die Bodenkreditanstalt zugrunde gehen und betrog die Sparer, die in mühseliger Arbeit sich ein kleines Kapital gespart hatten. Aber anstatt die Sparer zu verhaften, ihnen das Vermögen, das viele Millionen beträgt, zu beschlagnahmen, läßt man sie laufen und die sog. Arbeiterparteien, die marxistischen Kapitalbehalter stellen sich sogar schützend vor sie. In beiden Ländern, in Deutschland und Desterreich, herrschen die gleichen Verhältnisse, nur daß die Träger andere Namen haben. Die Juden machen Konkurs und der Staat gibt noch Geld dazu!

Der Redner behandelte eingehend die Judenfrage, die insbesondere für Desterreich von Wichtigkeit ist. Treffend sagte er es zusammen, wenn er sagte:

Was der Jude glaubt, ist einseel, in der Kasse liegt die Schweinerei.

Aber der Tag wird nicht mehr fern sein, an dem wir Nationalsozialisten die Schuldigen unserer heutigen Not und unseres großen Elends dorthin bringen werden, wo sie hingehören. Wir werden die Nacht im Staate erringen (auf legalem Wege natürlich!) und dann wird uns unser Führer Adolf Hitler aus dieser Sklaverei herausführen, hinein in eine bessere Zukunft. Dann wird ein Deutschland entstehen von nationaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ein Beifall ohnegleichen war Dank für die hervorragenden Ausführungen, die von hohem Idealismus getragen waren. Vg. Leng schloß die Versammlung, die trotz Sonntag und Sommertag sehr gut besucht war, mit Dankesworten an den Redner. Er richtete die Bitte an ihn, uns bald wieder in Mannheim zu besuchen und Grüße an die österreichischen Freunde zu übermitteln.

Keine Börsianer-Kredite, keine Stalin-Rubel, keine Warenhaus-Inserate wollen wir. Wir fordern Werbearbeit für unser Kampfblatt

Mannheim:

Sie beschweren sich beim Badischen Landtag

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung den folgenden Beschluß gefaßt:

- 1. Der Stadtrat nimmt von den Bestimmungen des badischen Notverordnungsgesetzes vom 2. Juli 1931 und den zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen Kenntnis. Mit der Durchführung der Bestimmungen soll die Rechtsgültigkeit des badischen Notgesetzes nicht anerkannt werden.
2. Der Stadtrat erhebt scharfsten Einspruch gegen das badische Notgesetz, da es einer Verletzung des den Gemeinden in der badischen Verfassung gewährleisteten Rechts der Anbahnung ohne jede Fühlungnahme mit den Gemeinden erlassen worden ist, da es den Gemeinden neue schwere Lasten auferlegt, obwohl die Stalage der Städte an sich schon durch die ungeheure und stets noch wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen und Hilfsbedürftigen und den Rückgang an Steuereinnahmen auf das schwerste gefährdet ist, da es eine Sonderbehandlung der badischen Beamten einschließt, die Gemeindevorständen verweigert, die von diesen als bitteres Anrecht empfunden wird und da es schließlich im ganzen einen unerträglichen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstellt.
3. Der Stadtrat beschließt, gemäß dem Vorschlag des Badischen Städteverbandes, alle gegen das Notgesetz zulässigen Rechtsmittel zu ergreifen und zwar sowohl beim Staatsgerichtshof Klage auf Feststellung der Rechtungsgültigkeit des Notgesetzes zu erheben, als auch beim Reichspräsidenten den Antrag zu stellen, das Notgesetz außer Kraft zu setzen und bei der Reichsregierung Beschwerde wegen Verletzung rechtsrechtlicher Vorschriften einzulegen. Außerdem soll beim badischen Landtag Beschwerde gegen die einseitige Änderung des Finanzausgleichs und gegen die Verletzung der §§ 20 und 56 der badischen Verfassung erhoben werden.

Sie wollen beim Badischen Landtag eine Beschwerde einreichen! Preisfrage: Wer regiert denn dort? Sind es nicht die schwarz-roten Koalitionsbrüder, die Genossen derer, die in Mannheim am Ruder sind? Dr. Heimerich und seine Genossen haben sich mit dieser Beschwerde einen fabelhaften Witz geleistet. Mit allen möglichen und unmöglichen Redensarten suchen sie jetzt gegen die Maßnahmen ihrer eigenen Führer zu protestieren.

Der Staatsgerichtshof wird hoffentlich zu Gunsten der Gemeinden entscheiden, denn die badische Notverordnung muß die Gemeinden in absehbarer Zeit zum Konkurs treiben. Diese neuen ungeheueren Belastungen können ganz unmöglich getragen werden. Jedenfalls können die Gemeinden den Fürsorgeempfängern anstatt Geld ein Exemplar der badischen Notverordnung verabreichen!

Wir beantragen:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 23. ds. Mts. den Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, das bad. Notgesetz vom 2. Juli 1931 nicht durchzuführen, mit Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit des Stadtrates steht demnach auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen des Notgesetzes in Anwendung zu bringen sind.

Der weitläufig überwiegende Teil der Vorschriften des bad. Notgesetzes bedeutet für Gemeinden und Beamenschaft sehr große Härten. Dagegen sei anerkannt, daß wenigstens ein kleiner Bruchteil der Bestimmungen des bad. Notgesetzes ohne weiteres vertretbar, ja sogar zu begrüßen ist. In Durchführung dieses Teiles des bad. Notgesetzes beschließt der Stadtrat folgendes:

Die Bezüge des Oberbürgermeisters, der Bürgermeister, der Direktoren der städt. Werke, so wie derjenigen städt. Angestellten, welche höher als nach Gruppe 13 der städt. Befoldungsordnung bezahlt werden, sind mit sofortiger Wirkung entsprechend den Vorschriften des Art. 11, § 1 Abs. 2 des bad. Notgesetzes vom 2. 7. 1931

den Dienstbezügen der gleichwertenden Landesbeamten anzugleichen. Demgemäß werden den oben bezeichneten städt. Angestellten bei der nächsten und den folgenden Gehaltszahlungen höchstens solche Beträge ausbezahlt, welche das für den gleichen Zeitraum bemessene Gehalt des bad. Landeskommisars für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach nicht

übersteigen. Eine etwaige Klage der betr. Angestellten hat für diesen Beschluß keine ausschließende Wirkung. Nachricht von vorstehendem Beschluß erhalten die davon betroffenen Angestellten und die Stadtkasse.

Städtische, der Stadt Mannheim gehörende Personewagen, einschließlich des dem Herrn U. S. zur Verfügung gestellten, sind als bald an je zwei deutlich sichtbaren Stellen (Wahrschwand der Türen) mit dem

Stadtwappen und der Aufschrift „Hauptstadt Mannheim“ zu versehen.

Begründung:

- 1. Es gehört zu einem geordneten Geschäftsbetrieb, daß bewegliches, einen größeren Wert darstellendes Eigentum mit dem Kennzeichen des bet. Unternehmens, in diesem Falle der Stadt Mannheim, versehen ist.
2. Die so als Eigentum der Stadt gekennzeichneten Personewagen bieten eine größere Gewähr dafür, daß kein Mißbrauch mit diesem städt. Eigentum getrieben wird.

Die bei Durchführung vorstehenden Antrages entstehenden Kosten dürften sehr bald infolge der voraussichtlich eintretenden sparsameren Benützung der städt. Wagen rezept sein.

Jacob Goldschmidt u. die „Arbeiter-Zeitung“

Stand da früher auf dem Kopf der „Arbeiter-Zeitung“: Bankkonto: Darmstädter- und Nationalbank. Auf einmal ist es verschwunden. Schämt man sich denn in S. 3, 10 seiner Freunde? Vielleicht dachten auch die Moskauer-Redakteure, die rechte Hand soll nicht sehen was die Linke tut. Nun ist Jakob Goldschmidt bankerott! Und das Geld der „Arbeiter-Zeitung“ ist auch fort. Hoffentlich hatte Jakob das Geld gerettet und auch auf das Kommando aufmerksam gemacht. Vielleicht hat er noch mehr getan! Wir werden ja schon sehen, wenn „Rot Front“ vor dem Gebäude der Mannheimer Danaillale, auf dessen Eingang das Bild der Mutter Gottes angebracht ist, Wache hält, daß kein Stäubiger die Fensterscheiben einschlägt. Jakob Goldschmidt macht sicher nichts umsonst!

Wohin das Geld des Konsumvereins verschwundet?

Der Konsumverein, der auch hier in Mannheim eine Unzahl, es sind derer über 80 Filialen, unterhält und so den Mittelstand ausschaltet, treibt eine unerhörte Geldvergeudung. Es ist interessant zu sehen, wie hoch die Gehälter dieser Bonzen sind. Man könnte glauben, der Konsumverein sei eine sozialistische Einrichtung und die Gehälter der „Chefs“ seien „sozialistisch“. Aber weit gefehlt! Die paar Duzend Oberen des Konsumvereins stecken den Rebbach, der nicht gering ist, ein und die unteren sozialdemokratischen und kommunistischen Angestellten und Arbeiter können mit einem Hungerlohn zufrieden sein.

Besonders interessant ist, daß eine Unmenge Kommunisten in diese Betriebe laufen und damit zur Stärkung der Sozialdemokratischen Parteiliste beitragen.

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ muß deshalb sicher wissen, wie es in diesen Betrieben aussieht. Sie bringt folgende interessante Nachricht:

Die Geschäftskosten der Großhändlergenossenschaft deutscher Konsumvereine übersteigen jedes Maß eines privaten Betriebes. Zum Beispiel sind in einer Abteilung durchschnittlich 6000-7000 Mark an Telefonspeisen zu bezahlen, die meist durch unkonsummännliche Dispositionen entstanden sind. Für eine Abteilung, welche jährlich gegen 100 000 Mark kostet, sind fünf Geschäftsführer vorhanden, jeder mit einem Gehalt und Aufwandsentschädigung von 30 000 bis 40 000 Mark. Ihnen stehen ebensolche Stellvertreter zur Seite, die jährlich jeder 24 000 bis 25 000 Mk. erhalten. Dann erscheinen auf der Stufenleiter 14 Prokuristen mit 14 000 bis 18 000 Mark jährlichem Gehalt und schließlich noch sogenannte Abteilungsleiter mit jährlich 8000 bis 10 000 Mark.

Aber wer immer den Konsumverein propagiert: Die KPD! Ansehend wollen die Moskauerjünger damit den verfluchten Kapitalismus äden. Aber es ist schon immer so: Banken, Warenhäuser und Konsumvereine sind für sie keine Kapitalisten. Hinterrum nimmt man sehr gern das Geld dieser Großkapitalisten in Form von Inzeraten.

Ohne die Warenhäuser- und sonstigen Inzerate wären die kommunistischen Zeitungen vielleicht nicht mehr da,

besonders die Mannheimer Arbeiterzeitung!

pft!

Aus der Rheinebene

Ebinger Bürgerausschuß

Volksstimme — Lügenstimme!

In der Nr. 193 vom 21. Juli bringt die „Volksstimme“, das Lügenblatt des „Jüdchen aus Jassow“, einen Artikel betitelt: „Der Ebinger Naziführer am Pranger“. Der Artikelsschreiber, den wir Ebinger Bürger genau kennen, und der am meisten Grund hätte, zu schweigen, eben dieser Sudelbube erlaubt sich, uns Nationalsozialisten in einer ganz gemeinen und verlogenen Art anzugreifen. Wir können nicht umhin, unseren Lesern dieses Verdrehungskunststückchen vorzuführen und bringen nachfolgend den genauen Wortlaut:

Ebingen, 21. Juli. In der letzten Bürgerausschußsitzung hatten die Ebinger Nazis versucht, ihren Mann zu stellen. Eine ganze Reihe Anträge hatten sie eingebracht, um der Welt zu zeigen, welche Allermweltskerie die Ebinger Nazis sind. Die Anträge, die ja überall als Agitationsanträge bekannt sind und von den Nazis selbst nicht gehalten werden können, verfielen, weil sie nicht zu gebrauchen waren, im Gemeinderat der Ablehnung. Um sich aber dennoch wichtig zu machen, damit die Öffentlichkeit auch weiß, daß Nazis auf dem Ebinger Rathaus sich befinden, griff man zu unläuterer Mitteln, um dem Gemeinderat zu zeigen, wie er mit den öffentlichen Eidern umgeht. Der Zentrumredner Hochener stellte in der Sitzung die Anfrage, wie es gekommen sei, daß Wilhelm Jung nach Wiesloch gebracht wurde, da doch dies die Gemeinde sehr viel Geld koste. Bürgermeister Keine gab die nötige Aufklärung, daß die in Frage kommenden Verzte dies veranlaßt hätten. Diese Aufklärung gab dem Naziführer Gelegenheit, seine dreißigwährigen Jungenstreiche an den Tag zu bringen, indem er ausführte: Ich habe vor einiger Zeit mit Herrn Landwirtschaftsinspektor Huber in Wiesloch über den Fall Jung gesprochen, der erklärte, Jung brauche nicht hier zu sein, Jung könnte zu Hause sein. Mit anderen Worten, dies Geld, das die Gemeinde hierfür gab, ist hinausgeschmissen. — Bürgermeister Keine fragt den Bürger, zu welchem Zeitpunkt die Aussprache stattgefunden habe, worauf er zur Antwort gab: „Das kann ich nicht mehr genau sagen.“ Dies gab dem Gemeinderat Veranlassung, hierzu Stellung zu nehmen und eine Untersuchung hierüber einzuleiten. Dieleibe hat nach persönlicher Rücksprache mit Herrn Landwirtschaftsinspektor Huber ergeben, daß Herr Huber den Bürger weder kennt noch die Aussagen gemacht hat, daß er sich in Sachen, die die Verzte angehen, nicht hineinmische. Auch kenne er Herrn Jung nicht. Trotzdem diese Feststellungen gemacht sind, streift dieser Naziführer bei einer Vorladung dieselben ab, obwohl der gesamte Bürgerausschuß Zeuge hierfür ist und er selbst am Telefon mit Herrn Huber diese Aussagen beteuert hat. So sieht das Gebäude der Nazis aus, aufgebaut auf Lug und Trug und Verleumdung. Die Wähler sind hierbei die Reingefallenen.

Es ist zunächst bezeichnend, daß der Artikelschreiber von dieser „ganzen Reihe von Anträgen“ keinen einzigen gebracht hat und diesen vor der Öffentlichkeit dann als nichtig bezeichnet hätte. Dieser Lohndreher weiß aber ganz genau, daß er sich selbst eine Blöße gegeben hätte und um dies zu verhindern, wird eben gelogen, daß sich die Balken biegen.

Unseren Lesern aber wollen wir einige unserer Anträge im Wortlaut bringen und jeder soll sich dann sein Urteil selbst bilden.

Antrag Nr. 1: Der Bürgerausschuß wolle beschließen, daß der im Voranschlag eingelegte Betrag von RM 360.— für den Bürgermeisterstellvertreter zu streichen ist.

Antrag Nr. 2: Der Bürgerausschuß wolle beschließen, daß die Vergütung der Gemeinderäte auf den gesetzlichen Mindestbetrag von RM 0,50 pro Gemeinderatsmitglied und Jahr festgesetzt wird. Es ergibt sich alsdann eine Ausgabe von nur RM 2.— jährlich, jedoch auf diese Weise pro Jahr ein Betrag von RM 1097.— eingespart werden kann. — (Dieser Betrag von RM 1097.— sollte für Wohlfahrtserwerbslose und Minderbemittelte verwendet werden. Laut Antrag Nr. 5.)

Antrag Nr. 3: Der Bürgerausschuß wolle beschließen, daß die Anbringung von Klebgeräten an sämtlichen Obstbäumen den Eigentümern bezw. Pächtern durch ortspolizeiliche Verfügung zur Pflicht gemacht wird. Dadurch können die ausgesetzten bezw. arbeitslosen Arbeiter 10-15 Tage Beschäftigung finden. Die Gemeinde würde dadurch einen Betrag von ca. RM 600.— bis 700.— sparen.

Diese Anträge, die wir dem Bürgerausschuß vorlegen wollten, sind aber schon beim Gemeinderat in den Paz erkord gefallen. Auf dem Ebinger Rathaus müssen eigentlich ganz sonderbare Zustände sein. Das Volk wird belogen und hinter den Kulissen spielen diese „Herren“ Volksvertreter. So reindepolitisch, die im Grunde genommen nichts anderes als eine jüdische Saupolitik ist. Der Ebinger Bürgerausschuß verweigert man bewußt die Anträge und in der Lügenstimme erlaubt sich so ein trauriger Wicht, wie dieser Artikelschreiber einer ist, das Maul aufzureißen und zu lügen in einer ganz gemeinen Weise. Die eigenen Genossen geben sogar selbst zu, daß es eine Gemeinheit sei, den Fall Jung so zu verdrehen, wie es dieser Jellenskindler getan hat. Unser Pg. Ding, der ein guter Bekannter des Landwirtschaftsinspektors Huber in Wiesloch ist, hat gar nicht behauptet, daß er mit Herrn Huber selbst über den Fall Jung gesprochen habe. Er hat lediglich behauptet, daß man sich auf Herrn Huber berufen könnte und dieser Auskunft hierüber geben würde. Ebenso erlogen ist das Telefongespräch, in welchem unser Pg. Ding seine Aussagen beteuert habe.

Der Artikel kennzeichnet wieder in trefflicher Art die Geistverfassung dieses Sudelbuben. Mit solchen Lügen will dieser traurige Wicht seine Genossen del der Stange halten. Dieses Säugeiter (er wird auch von uns NS. als Großherzog vom Unterdorf bezeichnet), der seine verlogenen Artikel nur aus eigenen finanziellen Gründen losläßt, der sich erlaubt, die Kämpfer für ein besseres Deutschland, für ein Deutschland der Ehre und des Ruhms, als Säuglinge zu bezeichnen, so ein

feiger Gefelle, der nichts kennt, als die Volksgenossen aufzuheben, und dann, wenn der Kampf beginnt, sich feige drückt, hätte tatsächlich Grund genug, seinen großen Mund zu halten und daran zu denken, was seine Partei auf dem Gewissen hat, wie seine Partei die Kleinschuld an unserer großen Not trägt, die zur Zeit in unserem Vaterland herrscht. Diesen Gefinnungslumpen, der alles andere als ein anständiger Politiker ist, werden wir uns genau merken. Auch mit ihm werden wir dereinst vor Gericht gehen und dort muß er sich dann verantworten, was er in der „glorreichen Zeit seines politischen Daseins“ gelogen und verdreht hat. Er ist vorgemerkt, aber auf den Tag...!

Schweinegä:

Die Gendarmerie als Gerichtsvollzieher!

Hat nun tatsächlich die Gendarmerie nichts anderes zu tun, als Mahngeldern für die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft Mannheim bei einer Schwelger Firma einzuziehen, die in Zahlungsschwierigkeiten geriet und ein Vergleichsverfahren anstrebte? Der Betrag an die S. G. wurde sofort nach Beendigung des Vergleichsverfahrens bezahlt. So gut wie für die übrigen Gläubiger war doch auch die Schuld an die S. G. ausgeführt. — Wozu dann RM 1,50 Mahngeldern berechnen werden und diese dann noch abendra durch die Gendarmerie (!) eingezogen werden sollen, ist schiererhaft, jetzt aber mit naderer Deutlichkeit eine Bürokratie, die rückständig, sogar unter Hinzuziehung der Gendarmerie, ihre unmöglichen Gebühren erhebt und eintreibt. Sind denn diese Gebühren dazu da, die Wirtschaft, die ohnedies vor Steuern und Abgaben nicht mehr ein und aus weiß, vollends zu ruinieren? Die Gebühren, die die Firmen an die Berufsgenossenschaften zu zahlen haben, sind doch hoch genug! Jetzt geht's nicht mehr höher, jetzt quetscht man noch das Allerlegte mit Hilfe der Gendarmerie heraus! Wir haben es herlich weit gebracht. — Auch im heutigen Staat hat doch u. U. die Gendarmerie andere Aufgaben, als Geldinzieher oder Gerichtsvollzieher einer S. G. zu sein! Oder gehört diese Tätigkeit neuerdings zum Aufgabenkreis der Gendarmerie? Wo nichts mehr ist, da holt auch die hohe Staatsgewalt nichts mehr raus! Es fehlt nur noch, daß die Leute eingesperrt werden, die man mit Hilfe unserer Verständigungs- und Erfüllungspolitik ausgearbeitet hat und noch auspompert wird, dann kann aus unserem schönen Vaterland bald ein einziges Sudhhaus werden! — Rebo.

Herausgeber und Verleger: Karl Lenz, W. d. R., Heidelberg. Hauptgeschäftsführer: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Badische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Rheinebene und Bergstraße“, Beilagen und „Paroleausgabe“: Fritz Haas; für Anzeigen: Otto Heiler; sämtliche in Mannheim. Buchdruckerei Schmalz & Lafinger, Mannheim.

Anzeigen: Die achtspaltige Millimeter-Anzeigenspalte 10 Pf. Wiederholungsrabatte nach besonderen Tarif. Annahmeschluss für Anzeigen: Montags und Donnerstags 12 Uhr.

Wir... Karl Marx... lung, jeder Um... nur auf den... nomischen Ver... im Laufe der Z... Verhältnisse, s... anmutende Ru... Intervallen wi... Leistung und... Verhältnisse, s... Kanke sagt: I...

Der blutige... bräbe müß... in einem... ganges be... stifteten Be... meber Ab... muß in un...

Um die Z... erkennen. Und... muß, ist es n... erkennen, um... folgen bis zu d...

Im 17. u... Macht deselbe... Nation keine... war, erreichte... Zeitalter des... Böhler, hier k... Preufentum ei... einer Hand lie...

Dann dän... nationalem Sta... Eigenleben der... wiesen den Ra... die Geschichte i... jog sich eine U... wurde so dann...

Nicht von... und starke M... Neues bilden k...

Diese Au... und k...

Jene neue... jenen als das... vorher nie geat... denke hierbei n... waren die For... deren Schutz... wurde die Gefa... Tyrannen kann... Größe ausleben... Gedanken des... die Gemeinsha... mende oder gen... noch bestand. S... löste sich auf i... Gleichheit, Frei... Weg hinab in... Kurze nach unt...

Remarque, Film, Liter... dieses Libe... das Volk...

Gleichzeitl... ihm, entstand... scheinbare Ide... Zeit mit redien... konnte, darf ur... falls um eine... Lösung handelt.

Der Fall E... dem großen Rin... für Millionen v... diesen gehört u... meister des Feld... länderlicher mili... unendlich viele S... Hinderburg. D... Führer in den... geführt, auf der... verblähte. Die C... machten ihm te... verständlich, teil... mit Ernst dem I... ein freies, wirk... Hauptkampf geg... Adentums, der... während er in... das gefährliche... mit Erfolg die... legendem Thema...

Der Fall E... dem großen Rin... für Millionen v... diesen gehört u... meister des Feld... länderlicher mili... unendlich viele S... Hinderburg. D... Führer in den... geführt, auf der... verblähte. Die C... machten ihm te... verständlich, teil... mit Ernst dem I... ein freies, wirk... Hauptkampf geg... Adentums, der... während er in... das gefährliche... mit Erfolg die... legendem Thema...

Der Fall E... dem großen Rin... für Millionen v... diesen gehört u... meister des Feld... länderlicher mili... unendlich viele S... Hinderburg. D... Führer in den... geführt, auf der... verblähte. Die C... machten ihm te... verständlich, teil... mit Ernst dem I... ein freies, wirk... Hauptkampf geg... Adentums, der... während er in... das gefährliche... mit Erfolg die... legendem Thema...

Der Fall E... dem großen Rin... für Millionen v... diesen gehört u... meister des Feld... länderlicher mili... unendlich viele S... Hinderburg. D... Führer in den... geführt, auf der... verblähte. Die C... machten ihm te... verständlich, teil... mit Ernst dem I... ein freies, wirk... Hauptkampf geg... Adentums, der... während er in... das gefährliche... mit Erfolg die... legendem Thema...

Der Fall E... dem großen Rin... für Millionen v... diesen gehört u... meister des Feld... länderlicher mili... unendlich viele S... Hinderburg. D... Führer in den... geführt, auf der... verblähte. Die C... machten ihm te... verständlich, teil... mit Ernst dem I... ein freies, wirk... Hauptkampf geg... Adentums, der... während er in... das gefährliche... mit Erfolg die... legendem Thema...

Wille und Kultur

Nationalsozialismus / von Gunter d'Alquen

Wir verurteilen und bekämpfen die Geschichtsauffassung eines Karl Marx, wir verneinen, daß alles Werden, jede Entwicklung, jeder Umbruch in der Geschichte immer und immer wieder nur auf den so oft an den Haaren herbeigezogenen ökonomischen Verhältnissen beruhen soll, aber wir erkennen doch im Laufe der Weltgeschichte, im Gang unserer eigenen, deutschen Geschichte beinahe regelmäßige, manchmal sogar mathematisch anmutende Kurven, die sich in mehr oder weniger großen Intervallen wiederholen. Aufstieg — Abstieg, diktiert von der Leistung und dem Willen des Menschen. Denn nicht die Verhältnisse, sondern der Herr dieser Verhältnisse, oder wie Ranke sagt: Männer machen die Geschichte.

Der blutigste Laie sowie der größte Optimist sie beide müssen erkennen, daß wir Deutsche uns heute in einem Stadium des Abstieges und des Niederganges befinden. Wir glauben, daß wir schon den tiefsten Punkt der Kurve erreicht haben da bleibt entweder Abbruch, Sturz ins Bodenlose, Chaos, oder es muß in unserer Geschichte wieder ein Aufwärts geben. Sonst ist keine Lösung.

Um die Zukunft zu wissen, muß man die Vergangenheit erkennen. Und um den Weg zu sehen, der gegangen werden muß, ist es nötig, zurückzublicken, hinter uns die Höhen zu erkennen, um dann, Schritt für Schritt den Abstieg zu verfolgen bis zu dem Punkt, an dem wir heute uns noch halten.

Im 17. und 18. Jahrhundert, als das Wissen von der Macht desselben Blutes, vom Wesen des Stammes und der Nation keine Selbstverständlichkeit, kein Besitz der Völker war, erreichte die Kurve der Geschichte ihre Höhepunkte im Zeitalter des Despotismus. Verschiedenartig zwar, wie die Völker, hier im Sonnenkönigtum der Franzosen, dort im Preussentum eines großen Friedrich, doch hier wie dort, in einer Hand liegt Schicksal und Geschichte.

Dann dämmerte etwas Neues, erst ein Ahnen nur von nationalem Staate, dann immer stärker werdend, erwachte das Eigenleben der Völker. Große Männer, Dichter und Denker wiesen den Nationalen neue, eigene ureigene Wege. Langsam, die Geschichte nahm sich Zeit, jedoch gründlich und tief vollzog sich eine Umbildung, eine Revolution, und auf die Dauer wurde so dann das alte System unmöglich.

Nicht von heute auf morgen verschwand das Alte. Große und starke Männer hatten es fest gegründet. Und ehe sich Neues bilden konnte, mußte erst Altes sich auflösen.

Diese Auflösung fand ihre Form in dem Gedanken und den Auswirkungen des Liberalismus.

Jene neue Lebensauffassung, die das Ausleben des Einzelnen als das Richtige und Wünschenswerte lehrte, führte zu vorher nie geahnten Zuständen, Formen der Auflösung. Man denke hierbei nur an das Mandarinstertum, Ruhe und Ordnung waren die Forderungen der Zeit, Ruhe und Ordnung, unter deren Schutz sich dann all das abspielte. Immer größer wurde die Gefahr der Uebersteigerung der persönlichen Gewalt. Tyrannen konnten sich ungehindert durch den Staat, zu vollster Größe ausleben. Alles betäubt durch diese so verlockenden Gedanken des Liberalismus. Natürlich zerfiel auch die an die Gemeinschaft gebundene Wirtschaft, beispielsweise die Aemende oder gemeinschaftliche Forstwirtschaft, soweit sie damals noch bestand. Sitte und Moral, Achtung und Ordnung alles löste sich auf in dem großen Strudel, in dem Tumult von Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit! Immer tiefer ging der Weg hinab in den Sumpf, in die Anarchie. Schöff zeigte die Kurve nach unten.

Remarque, George, Groß, die heutige Bühne, der Film, Literatur, Presse, all das sind Folgen, Ende dieses Liberalismus. Und zwar Ende, weil sich schon das Volk als Ganzes und Staat kaum noch gegen die Auflösung wehrt.

Gleichzeitig mit dem Liberalismus, beinahe parallel zu ihm, entstand der Marxismus. Und nichts, auch nicht diese scheinbare Idee, die durch die erhebliche Propaganda zur rechten Zeit mit richtigem Mittel schon beinahe Massenreligion werden konnte, darf uns den Blick trüben, daß es sich hier gleichfalls um eine Erscheinungsform, eine andere Art der Auflösung handelt.

Als eine Erscheinung dieser ganzen Entwicklung mußte ein Zeitalter des kräftigsten Materialismus entstehen, eine Zeit des äußeren, technischen Fortschritts und doch gleichzeitig des tiefsten innerlichen und kulturellen Niederganges. Beide, Liberalismus wie Marxismus, Kinder desselben Geistes, mußten ja aufs engste mit ihr verwachsen sein. Die eine Form entstand als ein Materialismus der Erfolgreichen in dem fatten, scheinbar aufstrebenden Bürgertum, die letztere als ein Materialismus der Verzweifelten in den Massen, die unter dem uneingeschränkten Aufstieg der anderen Seite zu leiden hatten. Und, eigenartig, beide wurden sie aneinander groß, zerrieben dabei in ihrem Kampf beide Teile des Volkstums, vernichteten unersehliche Werte. Sie fanden dann auch den Ausweg aus der hierbei entstandenen Zwickmühle. Fanden ihn in einem Volk, das durch den Liberalismus frei geworden, in ihm fest und aufgeblasen emporgeschossen war. In einem Volk, das in hohem Maße verstandesmäßige Beweglichkeit und materialistisches Denken besaß.

Und nun werden beide von diesen Menschen geführt, besser gesagt, dirigiert. Beide wachsen sie, die einen in den Massenversammlungen auf Straßen und Plätzen, die anderen an den grünen Tischen der Konferenzen und Generalversammlungen. Alle vernichteten sie sich gegenseitig. Sie unterstützen sich vielmehr, nur die Massen erkennen nicht die tragischen Zusammenhänge. Sie verstehen nicht die Beispiele, die sich täglich neu bieten, und wollen es nicht glauben, daß Liberalismus und Marxismus längst in den Führern geeint sind.

In dem Augenblick, in dem eine Entwicklung irgendwie beendet ist, in dem die Auflösung vollständig wird, muß etwas Umstößendes, Neues, Großes, sich bilden, das mit neuer Kraft die abwärtsziehende Kurve wieder nach oben biegt, langsam zwar, doch unaufhaltsam.

Der große Krieg war hierzu der Anstoß.

Zerfallen in Nichts mußte der Materialismus, gemessen an dem Erleben, das der Soldat dort in sich aufnahm und mit sich trug. Nicht verstandesgemäß, nicht konstruktiv löst sich dieses Neue erklären, nur eben ein Materialist würde

das versuchen. Dort draußen, wenn alles unterzugehen, zu versinken schien in dem unheimlichen Wüten der Materie, war doch plötzlich immer hier oder dort noch ein Widerstand, hinter ihm der Mensch, und das Höchste im Menschen, der Wille.

Und dann das Andere, das sich der Front-Deutsche nie nehmen lassen wird, denn gottlob, es gibt ja auch Männer, die nicht nur immer in der Etappe lagen, die sich nicht immer nur vorjammern lassen wollen, daß da vorn nur Dreck, Angst, Schmutz und Elend gewesen sei. Nein, ganz anders war es, alle jene dort, die Arbeiter, Bauern und Bürger, sie überkam auch kein heroischer Entschluß, sondern sie mußten eben.

Das Gefühl Pflicht, das in ihrem Blute lebte.

All das Gezwungene, das Erzogene der Kämpfer zerfiel plötzlich vor jenem Erleben, diese schreckliche Erziehung, die ja nur auf dem Abgeschiedensein der Klassen untereinander beruht hatte. Es löste sich aus. Arbeiter und Studenten, das waren Namen geblieben, Namen ohne die alte abschätzende Bedeutung, Namen für Kameraden. — Erleben des Verbundenseins.

Es wuchs das Erkennen, daß der Einzelne nichts ist, daß das eigene Leben nichts gilt ohne das Leben der Brüder. Trauriger Schicksbruch des Liberalismus. Jeder wahre, deutsche Soldat hat das gefühlt, bei manchem wurde es nachher wieder verschüttelt, erstickt. —

Das alles rüttelt und bricht! Liberalismus und Marxismus, beide stehen sie in der Defensive, beide werden sie zusammenbrechen unter dem Ansturm einer neuen Zeit, eines neuen, jungen deutschen Volkes.

Das Erleben der Front, die Lehre aus Zeit und Geschichte stehen bei diesen jungen Riesen. Nationalismus, Sozialismus, ein Guch ohne Naht und Naete, ein fester Block, sind in seiner Faust unheimliche Waffe.

Nie wurde in der Geschichte die Pflichterfüllung, der Wille, die Arbeit und die Tüchtigkeit eines Volkes ungehört gelassen, das glauben wir fest. Das ist unser Sinn von der Geschichte.

Und darum wissen wir, daß der Nationalsozialismus das Ende der Auflösung, der Beginn eines neuen Aufstieges sein muß!

Von der Freiheit des Blutes

Seit dem Kriege ist eine Evolution in den Menschen ausgebrochen. Man fing an zu begreifen, daß ein Zusammenbruch der Wissenschaft nicht mehr fern sei. Die überlieferte Verehrung von den Taten des menschlichen Geistes hatte uns erst noch in Bann gehalten. Als wir aber gewahrt wurden, daß sich mit den Methoden der Wissenschaft alles beweisen läßt, da kam in uns die Erkenntnis auf, daß eine innere Stimme seit einem Jahrhundert vernachlässigt worden war, die Stimme des Blutes. Sie war verhöhnt und verspottet worden, seit man die Materie zur Königin des Lebens erhoben hatte. Nun fing die Stimme des Blutes plötzlich wieder an zu reden.

Jene geheime Macht, die der Nationalismus auch in Deutschland hinweggeleugnet hatte.

Die Stimme forderte Freiheit im Namen des Blutes. Alle Kunstprodukte eines degenerierten Geistes lösten sich vor ihr auf und erglitzten ihre Fragen: Weltbürgertum, Internationale, Pazifismus, Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus, Volksevidenz.

In allen Ecken der Welt erhob sich das menschliche Blut und forderte sein Recht, seine Freiheit. Regier verlangten ihre eigenen dunklen Reiche in Afrika, in Australien. Die Angelegenheiten der kleinen, in ihrer Rasse und Kultur unterdrückten Völker — die beiden Begriffe bilden ein Ganzes: ohne Rasse keine Kultur —

fanden ein gesteigertes Interesse. Seit Gobineau war die Rassenfrage nicht wieder so stark in den Mittelpunkt der menschlichen Belange gerückt.

Für die deutsche Republik sprach ein deutscher Minister aus: „Der völkische Gedanke hat keinen Raum in dieser Republik.“

Der gallische Revolutionspruch lautet: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Der meistens schamhaft unterdrückte Schluß dieses Wahlspruches lautet: „ou la mort!“, d. h.:

„oder der Tod!“ Gleichheit oder den Tod; Allovermischung, Völkerei, Weltbürgertum! „Weltbürgertum“ aber ist ein Gedankengebäude von Dichtern und Philosophen, die der Welt entrückt sind oder von Schlimmeren. Auch zu Sokrates Zeiten gab es entwurzelte Menschen, die mit verquerten Gedanken eine Gefahr für den Staat darstellten: Zivilisationsliteraten, Feuilletonisten, Männer und Weiber, die weder Männer noch Weiber waren, Zwittergestalten, die in ihren tatenlosen Stunden über allen Anspornpunkten zu volkspolitischen Unverantwortlichkeiten brühten.

Es wird einmal einen Staatsmann geben, der das Dekret erläßt:

Völkische Kultur ist das heiligste Gut eines Volkes. Sie entstammt dem Blutsboden seiner Rasse. Wer dieses geheiligte Volksgut nicht ehrt, ist ein Verräter am Volke!

Der Irrlehren verbreitet, die der Kultur, wie sie vom Staate beschützt wird, Abbruch zu tun geeignet sind, wird bestraft. Die Tücke ging daran zugrunde, daß sie ihre Kultur vernachlässigte; seit sie sie wieder ehrt, steigt sie sichtbar auf. Deutschland läßt zu, daß fremde Kultureinflüsse seine germanischen Nationalgüter vernichten. „Weltbürgertum“ besitzt keine wirkliche Kultur. Mit Hirngespinnsten kann das Nahrungsbedürfnis der deutschen Seele nicht gestillt werden. Und als das innige Ausdrucksorgan des Blutes leidet sie an der Kulturlosigkeit dieser Zeit, die ihr fremde, blutswidrige Kultur-elemente einimpft.

Deutschland muß untergehen, wenn es sich nicht kulturell bekennt. Sein Volk ist germanisch und seine Kultur ist germanisch. Es gibt keinen Deutschen, in dem nicht germanisches Blut kreist.

Noch ist Deutschland ein blühender Zweig am uralten Stamme. Je tiefer er seine Wurzeln in den alten, ureigenen Kulturboden schlägt, umso blühender und edler wird er zum Himmel emporwachsen. H. H.

Zeitschriften

Der Fall Ludendorff. Auch heute noch, fast 13 Jahre nach dem großen Ringen, haben viele Namen von Weltkriegsführern für Millionen von Deutschen noch einen besonderen Klang. Zu diesen gehört unumwinkelt Ludendorff, der 1. Generalquartiermeister des Feldheeres. Dieser Mann war jahrelang Deutschlands führender militärischer Kopf und als solcher zeichnete er für unendlich viele Schlachten und Siege als Verantwortlicher neben Hindenburg. Das Schicksal hat diesen fähigen militärischen Führer in den letzten Jahren auf die politische Kampfbahn geführt, auf der leider sein einstiger Ruhm langsam aber sicher verblähte. Die Erkenntnis, die ihm als Politiker zuteil wurden, machten ihm teilweise die Niederlage unserer grauen Front verständlich, teilweise verwirrten sie ihn aber derart, daß man mit Ernst dem Treiben dieses Generals zusieht. Er gibt vor, für ein freies, wirklich nationales Deutschland zu kämpfen, seinen Hauptkampf gegen die „überstaatlichen Mächte“ in Gestalt des Judentums, der Freimaurerei und des Relativismus zu führen, während er in Wirklichkeit alle diejenigen verdrummt und auf das gefährlichste verfolgt, die wahrlich schon seit einem Jahrzehnt mit Erfolg die genannten Mächte angreifen. — Mit vorliegendem Thema befaßt sich das soeben erschienene Heft 18 der

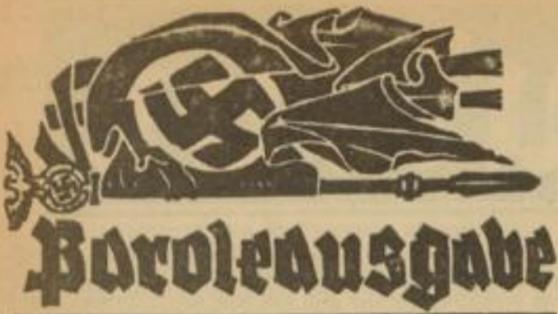
Nat.-Soz. Monatshefte (Preis 0,90 RM, Verlag Frz. Eber Nachf., München 2, NO). Der Hauptschriftleiter des nationalsozialistischen Zentralorgans „Völkischer Beobachter“ und Mitglied des Reichstags, Alfred Rosenberg, behandelt ausführlich das Treiben des „Hauzes“ Ludendorff, unter besonderer Beleuchtung der „recht“ erschienenen Schriften, die sich mit dem drohenden Weltkrieg und mit der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung befassen.

„Die Brenneifel“, politisch-satirische Kampfschrift. Schriftleiter Karl Prädhäuser, Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eber Nachf., G. m. b. H., München 2 NO, Thiersstr. 11. Preis des Einzelheftes 40 Pfg., im Abonnement für das 3. Vierteljahr (7 Folgen) RM 2,40 zuzügl. 12 Pfg. Bestellgeld; für August und September RM 1,60 zuzügl. 8 Pfg. Bestellgeld.

Allgemach empfindet jeder deutsche Volksgenosse, daß die Sommerzeit in mehr als einer Art zu „warm“ zu werden beginnt. Wohl auch aus diesem Grunde erscheint die soeben vorliegende Folge 12 der „Brenneifel“ als „Badenummer“. Das Titelbild, die sich im Sonnenbad „bräunende“ Mutter Germania, auf dem letzten Umschlagblatt Bräunung und „Marianne“ im Bade. Imischendrin satirische Bildererlen und Kurzgeschichten, bisfig zwar, aber deshalb nicht weniger richtig, „Badebilder“ aus der heutigen Zeit der Notverordnungen, Stützungsaktionen usw. und Herrn Plimpert's Badereise.

Film.

Ami erjum: „Ärter gesucht!“ Wieder einmal ein Tendenzfilm gegen den Indizienbeweis, allerdings in einer so unwahren, gekünstelten Handlung, daß die Tendenz jegliche Realität und Eindringlichkeit verliert und lediglich Anspruch auf einen gut gelungenen, spannenden Kriminalfilm machen kann. Selbstverständlich verlangt ein tendenzloser Stoff als Dringlichkeitsbeweis immer die kräftigsten Fälle, jedoch mit der Einschränkung, daß sie auf festem Boden bleiben und nicht über ins Verzerrte, Phantastische hinübergleiten dürfen. Es bleibt für einen Regisseur immer ein Risiko, in eine Materie einzugreifen, die er nicht vollständig beherrscht. Gerade der Kampf um das Für und Wider des Indizienbeweises ist eines der schwierigsten juristischen Probleme an dem schon die bedeutendsten Fachwissenschaftler gescheitert sind. Die Fehler der Regie in der Logik des Aufbaus werden durch eine ausgezeichnete szenische Regieführung wieder gut gemacht. Die Befehung läßt im allgemeinen nichts zu wünschen übrig, nur Gerda Maurus fällt in der Gesamtleistung etwas zurück. Außerdem ein schönes, vielseitiges Setprogramm und ein netter Trickfilm „Hier wird gebaut“. Auf der Bühne das Orcha Helm Ballett in Längen von Gestern und Heute. (Sch.)



Bezirk Groß-Mannheim.

Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13 a. Telefon 317 13.
Geschäftsstunden von 8-12 und 14-19 Uhr.
Gold- und Einschreibeforderungen: NSDAP. Mannheim, Hans Felt, P 5, 13 a.
Volksbank-Konto: Ernst Nötner, Mannheim, Konto Ludwigshafen 18 375.
Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth, Pl. u. Fr. 14-19 Uhr.
Stellvert. Ortsgruppenleiter: Hans Felt, 16-18 Uhr.
Kassenverwaltung: Loewe, täglich von 10-12 und 16-18 Uhr.
Abrechnung für Beiträge der Sektionskassiere v. 15.-19. Jb. Mts.
Organisation und Propaganda: Trautwein, 10-12 u. 16-18.
Betriebszellen-Abteilung: Mittwoch von 5-7 Uhr.
Bezirksführer für Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge und Sozialversicherung: Sturm, Pl. und Do. 16-18 Uhr.
Nat.-Soz. Hilfs- u. Stiefelkass. Sprechstunden Pl. u. Fr. 4-7 Uhr.
Sozialamt: Mittwoch 6-7 Uhr.
Gemeindepolitische Abteilung:
Donnerstag 17 1/2-18 1/2 Uhr, Samstag 14-15 Uhr.
Opferfest „Deutsche Freiheit“: Dipl.-Ing. H. Fehrmann,
Donnerstag 18-19 Uhr. Postfach: Ludwigshafen 5867.
Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss: Worf, P. v. Waldstein,
Sprechstunden nach Bedarf.
Bezirkskulturwart: P. v. Waldstein, Sprechstunden nach Bedarf.
Landtagsfraktion: Prof. H. Kraft, Pl. von 17-19 Uhr.
Buchhandlung: Ernst Nötner, 9-12 und 14-19 Uhr.
Hitler-Jugend: Koller, Samstags von 16-18 Uhr.
Schülerbund (Bezirksleitung): Mittwoch 6-7 Uhr.
Frauen-Orden: Frau U. Roth, Donnerstags 16-17 Uhr.
Nationalsozialistische Lesehalle, P 5, 13a. 9-12 und 14 1/2-18 Uhr.
Steuerverwaltung: Erhard, Dienstags von 17-19 Uhr.

Lenz-Verfassungen

Pg. Lenz, M. d. R., spricht:
Dienstag, den 28. Juli, in Rottweil.

Hinein in die S-A!

Groß-Mannheim

Sektion Bohlgelegen und Speisengärten

Dienstag, den 28. Juli: im „Feldschlößchen“, Küfentaler-
straße (am V. f. R.-Platz), öffentlicher
Sprechabend mit Pg. Dr. Orth als Redner.

Sektion Luisenpark und Schwegingerstadt

Freitag, den 7. August, abends 8,30 Uhr, findet ein öffent-
licher Sprechabend statt. Lokal: „Klostergärtchen“, U 6, 13.
Es spricht ein Münchener Pg. über „Ins dritte Reich“.
Am zahlreiches Erscheinen der Pg. und Freunde wird
gebeten.

Gründung der SA-Reserve

Freitag, den 31. Juli, abends 8,30 Uhr, findet in der Leise-
halle im Hause P 5, 13 a die endgültige Zusammen-
stellung der SA-R. statt. Alle Anwärter und Pg.
haben die Pflicht, sich pünktlich einzufinden.

An die preußischen Staatsangehörigen
in Baden

Sonntag, den 9. August, findet in Vereinen der Volks-
enschaft über die Auflösung des preußischen Landtages statt.
Preussische Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz in Baden
haben, werden hierdurch aufgefordert

- 1. sich einen Stimmschein ihrer Heimatgemeinde zu verschaffen;
2. hierher mitzuteilen, ob sie bereit sind an Gesellschaftsfabriken
zur Abstimmung in Frankfurt a. M. teilzunehmen.

Geschäftsstelle der NSDAP,
Mannheim, P 5, 13 a.

Zur dringenden Beachtung!

Die Hilfskasse ist, wie in Ziffer 1 ihrer Richtlinien ver-
merkt, keine Versicherung! Sie ist die Verwundeten-Hilfe
der NSDAP, ihre Zahlungen an die Verletzten sind keine
Versicherungsbeträge, sondern freiwillige Unterstützun-
gen der Partei, die alle Parteimitglieder auf Anordnung Adolf
Hitlers durch ihren monatlichen Beitrag von 30 Pf. ermöglichen
helfen. — Die Bezeichnung „SA-Versicherung“ ist als unzu-
treffend nicht mehr anzuwenden; sie ist auch deshalb falsch, weil
alle Parteimitglieder den Beitrag zur Hilfskasse zu zahlen
haben und weil alle Parteimitglieder, die diesen Beitrag zahlen
und der Hilfskasse ordnungsmäßig gemeldet sind, bei den unter
Ziffer 2 der Richtlinien der Hilfskasse genannten Schadensfällen
Unterstützung erhalten.
München, den 8. Juli 1931. ges. Vormann.

Bekanntmachung

Wir rufen Sie aus!

Die Stellung des Gegners ist erschüttert.
Der Marxismus wankt.
Die SPD. klagt die kapitalistische Wirtschaft.
Stalin verkündet den Sowjetkapitalismus.
Die betrogenen Arbeiter wenden sich in hellen Scharen von
diesen Arbeiterverrättern.
Auf zum letzten Sturm auf die zusammenbrechende Front
des Marxismus.
In diesem Kampf ist die beste Waffe unser soeben erschienener
„Flammenwerfer“.

die von der Reichspropaganda-Leitung herausgegebene Kampf-
flugchrift. In der ersten Nummer wird die Abkehr Stalins vom
Kommunismus und seine Rückkehr zum Großkapitalismus, sowie
der Volksbetrug der SPD. auf dem Leipziger Parteitag ein-
gehend geschildert.

Table with 2 columns: Quantity (1000-5000 Stück) and Price (4,5 Pf. pro Stück, 3,5 Pf. pro Stück, 2,5 Pf. pro Stück, 1,5 Pf. pro Stück)

Bestellungen sind zu richten an den Franz Eher Verlag,
München, Thierschstraße 11.
Die Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages auf
das Postfachkonto München 11346.
Reichspropaganda-Leitung.

Ächtung Ortsgruppenleiter!

Lauf Anordnung der Reichsleitung sind ab 1. Mai 1931 alle
Versammlungen der Sachschadenkasse München 43, Post-
fach 80, ordnungsmäßig zu melden, gleichzeitig ist für jede Ver-
sammlung ein festgelegter, sehr niedriger Beitrag abzuführen.
Aus den eingehenden Beiträgen deckt die Sachschadenkasse die in
angemeldeten Versammlungen angerichteten Sachschäden. Bisher
sind bei weitem nicht alle Ortsgruppen der Anordnung nachge-
kommen; die eingegangenen Beiträge reichen bisher in keiner
Weise aus. Erneut werden daher ganz dringend alle Orts-
gruppenleiter um Befolgung der Anordnung ersucht; nur wenn
sofortige restlose Begleichung der angerichteten Schäden möglich
ist, stellen die Sachschadenkasse dieser Ortsgruppen die Hilfe
zur Verfügung; nur dann ist vielen Ortsgruppen die Durch-
führung weiterer Propaganda, die Gewinnung weiterer Volk-
sgenossen möglich. Den geringen Beitrag für jede Versammlung
abzuführen, um damit überall die Weiterführung der Propaganda
zu ermöglichen, ist Ehrenpflicht aller Ortsgruppen.
München, den 9. Juli 1931. ges. Vormann.

Dein Kampfblatt
sollst du weitergeben!

Beim Juden und Konsumverein - kauf niemals Deine Waren ein!

Deutscher Abend
der Ortsgruppe Mannheim der NSDAP, und des
Deutschen Frauenordens, Ortsgruppe Mannheim
am Samstag, den 1. August abends 8 1/2 Uhr
im Wartburg-Hospiz, F 4, 8/9
Vortrag-Folge:
1. Gedicht: „Deutschland“ Jungmädels
2. Deutschland, heiliges Vaterland Jungmädels
3. Begrüßung Ortsgruppenleiter R. Lenz, M. d. R.
4. Der Trompeter, Lied M. Speler
5. Ein deutsches Mädchen (Vaterl. Zeitbild in 1 Akt) Jungmädels
- - - - - Pause - - - - -
6. Volkstanz Jungmädels
7. Wenn alle Brunnlein, Lied Jungmädels
8. Musikalisches Kaffeetränckchen Jungmädels
9. Tom der Reimer, Ballade Rch. Loewe
10. Ordenslied
SA. Eintritt frei! Reinerlös zugunsten der Ferienkinder!
Eintritt 40 Pfg.

Wir bieten Aussergewöhnliches!
Unsere Schaufenster zeigen den Beweis
Unübertroffene Preiswürdigkeit für
erstklassige Qualitätsware und beste
Tasformers
Der
Fritz-Schuh
Garantiert für gute Qualität
Carl Fritz & Cie
H 1, 8, Mannheim (Breitestraße)

Gut bürgerlichen
Mittags- und
Abendisch
50, 70 u. 85 Pfennig
Denston-Becker
F 3, 13a
An- und Verkaufshaus
Günther
Q 5, 16
kauft u. verkauft Möbel
sowie Gegenstände
aller Art. 222
SCHUH
Reparatur-Werkstätte
Expres
Verwendung von erstklass.
Markenleder unter billigster
Berechnung
Gust. Kannewurf
Schwefelgürtel, 106 - Tel. 400 06
Freie Abholung und Zustellung
1 schöne
komplette
Rüche
pfeilspitze f. nur 220 RM
1 schöne kompl. Schlaf-
zimmer, Küche, vollabgest.
mit großem 3-tür. Schrank
mit Innenspiegel für nur
440 RM. 1 schön. kompl.
Speisezimmer, n. u. b. ge-
baut mit großem Buffet.
1 Treppen- 1 Ausleucht-
und 4 Leuchtblöde für nur
480 RM.
Für nur 1180 RM ein
bebagliches Heim von 1
Schlaf-, 1 Speis- und
1 Küche, oder für nur
700 RM 1 Schlaf- und
1 Küche. Schöne moderne
Modelle, feine minderwertige
Fabrikate, Patent-Röhre,
Matrasen, Federbetten,
Chaiselongues und schöne
Esofas in wirklich solider
Ausführung, sehr billig.
Sehr billig und preiswert
nur bei
Schwalzbach
B 7, 4
nahe Friedrichspark,
fein Laden.

Reinigungs-Institut
Gustav Hehl
T 1, 11 übernimmt abwaschen von Häusern, Treppen-
Telef. 223 14 Häuser u. Küchen sowie Fenster- u. Gehwegreinigung.

Victoria - Drogerie
Chemikalien
Drogen
Photo
Dr. A. Wesch, Mannheim
Schwefelgürtel, 26 - Tel. 400 04

Das neue 115
Ruhe-Sofa-Bett
S.A.P.a. S.A.S.E. Nr. 1106310
wird durch eine Umkehrung als
Bett gebrauchsfertig gemacht.
Spezialwerkstätte für Klammeln
Hans Müller, Mannheim
nur Große Wallestraße 10
Telefon 424 20

Was ist los
in
R 3, 6
221

Bartmann
R 4, 18 G 3, 18
s. Fabrikat 128. Schwan
An- und Verkaufsgeschäft
erste Belegungsstelle

X Kohlen, Koks X
Briketts, Eiform-Briketts, Holz
E. REHBERGER, MANNHEIM
Riedelstraße 3, Telefon 323 30 - Stadthof C 3, 4, Telefon 345 25

Billige Wohnungen
durch sachmännische und preiswerte Aus-
führung ihrer Maler- u. Tischlerarbeiten
Hott & Schimpf, B 4, 13
196

Das kräftige, gut bekömmliche
Bauernbrot
Gr. Laib 56 Pf., kl. Laib 28 Pf.
nur Bäckerei Schneider G 7, 8, Tel. 336 66

41. 3
Der
Clemence
Aera de
tragen
Artikel u
Zwei B
dem „I
Zeit nach
lichkeit i
den Vor
standes
mit der
Verfall
so schre
des fran
gezählt
daß dies
Bedeutu
wir auch
deutschen
bedingun
deutsche
behaupt
gleder
festge
Ruhe
es war
zu M
Minist
daß er
sein 3
wühte
laufen
durch:
Deutsc
wollte
übliche
man g
Ergelle
wühte
bräufen
Es leb
bringen
genug
Vorfe
Men
einige
Zecher
er war
Das
delegation
in dem
gänt ha
Verfall
Bajonet
Gefangen
Es
mit dabe
von eine
weiß, da
wohlfel:
bürgerme
bevor di
erhigten
tungen a
aus Opp
Glauben
Es i
starken I
heit bega
gebragt,
zwischen
Sklanden,
an diese